

Marxistisch-leninistische Theorie und revolutionäre Praxis
Schriftenreihe der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)
Landesorganisation Berlin

Konsequent

Ausgabe 4/2011

Spendenempfehlung: 2 Euro

Der 13. August 1961

Analysen und Positionen

Impressum:

DKP Berlin

Franz-Mehring-Platz 1

10243 Berlin

Rainer Perschewski (V.i.S.P.)

Druck: Eigendruck

www.dkp-berlin.info

**In der Reihe BEITRÄGE ZUR BERLINER GESCHICHTE des Arbeitskreises
Geschichte bei der DKP Neukölln sind bisher erschienen**

Heft 1

„Berlin ist einen Krieg wert...“ - Währungsreform, Luftbrücke, Spaltung Berlins
- Die Berlin Krise von 1948/1949 –

Heft 2

„Der Feind steht links“ – 1929 Der Berliner „Blutmai“ und die Kapitaloffensive
gegen Demokratie und Arbeiterbewegung

Heft 3

Berlin 1945 – 1949 Gewerkschaftlicher Neubeginn - Spaltung der Einheitsgewerk-
schaft

Heft 4

Schulreform und Schulkampf in Neukölln - 1919 bis 1951

Heft 5

Neukölln für Vereinigung, Einheit ohne Zwang – Gründung der SED in Neukölln

Der 13. August 1961

Publikationen der DKP Berlin

In der Reihe **KONSEQUENT** sind bisher erschienen:

Konsequent 1/2009

Bekämpfen oder reformieren? Zur Debatte über Charakter und Politik der Europäischen Union

Konsequent 2/2009

Thesen über den Sozialismus. Angenommen auf dem 18. Parteitag der KKE (1. Auflage)

Konsequent 1/2010

Krisenaktionsprogramm und Handlungsorientierung. Entwurf für ein Krisenaktionsprogramm und Überlegungen zu einer Handlungsorientierung zum 19. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei

Konsequent 2/2010

Gerhard Feldbauer: Krieg. Das deutsche Kapital führt ihn wieder - weltweit. Die Bundeswehr wurde seit ihrer Geburtsstunde darauf vorbereitet

Konsequent 1/2011

Hans Kölsch: Theorie und Taktik im Kampf der Arbeiterklasse

Konsequent 2/2011

Thesen über den Sozialismus. Angenommen auf dem 18. Parteitag der KKE (Erweiterte Neuauflage!)

Konsequent 3/2011

Kommunismus 2.0. Über die Vorstellungen von Paul Cockshott und Allin Cottrell

Konsequent Sonderdruck 2011

Raúl Castro Ruz: Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag der kommunistischen Partei Kubas. Havanna 16.-19. April

In der **Erich-Weinert-Bibliothek** sind bisher erschienen:

Heft 1

Armin Stolper: Gottes geliebte Ostzone

Heft 2

„Nicht zuviel habe ich für den Sozialismus getan....“, Dieter Frielinghaus. Ein Theologe als Kommunist.

Heft 3

Erich Keßler: Reden vor Gericht

Vorwort des Herausgebers

Der 13. August 1961 beherrscht in diesem Jahr die Medien. Zum 50. Jahrestag der Grenzsicherungsmaßnahmen in der DDR soll einmal mehr die vermeintlich menschenverachtende Politik des Sozialismus deutlich gemacht werden. Mit einem Millionenaufwand wird die Erinnerung „Mauer“ multimedial neu produziert. Dabei geht es nicht um geschichtliche Realitäten, sondern darum, emotional aufgepeitschte antikommunistische Stimmungen zu erzeugen. Dies allein um die Menschen von dem anderen gesellschaftlichen Konzept abzubringen, in dem soziale Gerechtigkeit, der Erhalt der Natur und eine friedliche Welt zum Maß der Dinge werden sollen. Die Grenzsicherung der DDR wird dargestellt, ohne die historischen Zusammenhänge zu betrachten: Die Welt war ständig am Rande eines neuen Krieges. Selbst in West-Deutschland gab es genügend Kräfte, die bereit waren gegen „die Gefahr aus dem Osten“ Krieg zu führen. Erst die Schließung der Grenzen beruhigte die Situation. In dem hysterischen Geschrei der Herrschenden werden bewusst die Stimmen aus dem Ausland ausgeblendet, die davon zeugen. Ehemalige Minister, Präsidenten der USA oder in Westeuropa haben dies in ihren Memoiren bestätigt. Dies lässt sich inzwischen auch aus unzähligen veröffentlichten Dokumenten herauslesen. Der Historiker Dr. Reiner Zilkenat hat in seinem Beitrag einiges hierzu zusammengetragen. Die weiteren Beiträge beleuchten andere Aspekte dieser Debatte. Wir danken der GRH in Berlin, für die Genehmigung der Auszüge aus ihrer Broschüre, welche insgesamt lesenswert ist und unter www.grh-ev.org herunterzuladen ist.

Die Initiative zu dieser kleinen Broschüre ist vom Arbeitskreis Geschichte bei der DKP Neukölln ausgegangen. In diesem Arbeitskreis wird seit einigen Jahren versucht, die Geschichte der Arbeiterbewegung am Beispiel Neuköllns zu erforschen. Arbeiten dieses Kreises sind unter www.dkp-neukoelln.de zu finden.

Sekretariat des Landesvorstandes Berlin der DKP, in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Geschichte bei der DKP Neukölln.

Berlin, August 2011

nalisieren. Er zerstört selbst die Wurzeln des bürgerlichen Humanismus und der bürgerlichen Aufklärung.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten werden auch künftig Antikommunismus und antikommunistische Verfälschungen unserer Geschichte zurückweisen, die Werte und Ziele des Humanismus und der Aufklärung verteidigen. Unser Ziel bleibt eine friedliche, solidarische und sozial gerechte Welt, bleibt eine sozialistische Gesellschaft. Und dafür werden wir weiter gemeinsam mit vielen anderen kämpfen.

Inhaltsverzeichnis

Reiner Zilkenat: „Mauerbau“ und Kalter Krieg. Die Vorgeschichte des 13. August 1961	6
„Der Zusammenbruch der Ideologie des Hauses Springer“	7
Westberlin – „Vorgeschobener Posten im Kalten Krieg“	8
„Wechselstuben“ und „Grenzgänger“	11
Das „Berlin-Ultimatum“ vom 27. November 1958	12
Atomwaffen für die Bundeswehr?	13
Der 13. August 1961 und das „Flüchtlingsproblem“	14
Der 13. August 1961 – Fiktionen werden durch Realitäten verdrängt . .	16
GRH-Herbsttreffen 2010 der Arbeitsgruppe Grenze Berlin	18
Rolf Ziegenbein: Zum 13. August 1961 im Spiegel der Zeitgeschichte . .	18
Fritz Streletz: Diskussionsbeitrag	22
Erklärung des Antifaschistischen Komitees gegen Krieg und Sozialraub	29
Erklärung des Sekretariats des Landesvorstandes Berlin der DKP	32
Erklärung des Sekretariats des Parteivorstandes der DKP	34

„Mauerbau“ und Kalter Krieg. Die Vorgeschichte des 13. August 1961

Von Reiner Zilkenat

Um die Mittagszeit des 13. August 1961 eilt ein aufgeregter Bote auf das Anwesen des US-Präsidenten John F. Kennedy in Hyannis Port im Bundesstaat Massachusetts. Als Kennedys militärischer Adjutant die aus Washington übermittelte Nachricht überflogen hat, weiß er, dass er den gerade auf seiner Segelyacht vor der Küste kreuzenden Präsidenten zurück an Land rufen muss: Nach den Informationen des Außenministeriums hätten in den frühen Morgenstunden bewaffnete Kräfte der DDR damit begonnen, die Übergänge nach Westberlin (nicht aber die Transitverbindungen in die BRD) zu schließen und entlang der Grenze Sperren zu errichten. Der über Funk nach Hyannis Port zurückbeordnete Präsident lässt sich seine Wochenendlaune jedoch nicht verderben. In einem Telefonat mit Außenminister Dean Rusk vergewissert er sich, dass die Zugänge von Westberlin in die BRD weiterhin offen seien und die Absperrungsmaßnahmen ausschließlich auf dem Territorium der DDR vorgenommen werden. Als ihm dies bestätigt wird, sieht er westalliierte Rechte als nicht angetastet an. Auch Rusk interpretiert in Übereinstimmung mit dem Krisenstab im State Department die Maßnahmen der DDR als „defensiv“. Alle drei von Kennedy mehrfach öffentlich verkündeten „essentials“ hinsichtlich Westberlins werden nicht verletzt: die ungehinderte Anwesenheit der Westmächte; die Freiheit des Verkehrs in die BRD; das Recht der Bevölkerung, unter dem von ihr gewünschten politischen System zu leben. Deshalb reagiert der US-Präsident überaus gelassen: „Gehen Sie zu dem Baseballspiel, wie Sie es vorhatten, ich gehe angeln“, rät er seinem Außenminister und setzt sogleich seinen Segeltörn fort.¹ Auch der britische Premierminister Harold Macmillan, der gemeinsam mit seinem Außenminister Lord Hume zur Rebhuhnjagd aufbricht, und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle, der sich auf seinem Landsitz Colombey-les-Deux-Eglises erholt, sehen angesichts der Meldungen aus Westberlin keinen Anlass, ihren Wochenendurlaub abzubrechen. Der Nato-Generalsekretär Dirk Stikker beschränkt sich darauf, von seinem Urlaubsort den Ratschlag zu erteilen, die Ereignisse in Berlin „mit Wachsamkeit zu beobachten“.²

Selbst Bundeskanzler Konrad Adenauer lässt sich in seiner Gemütlichkeit nicht stören. Er wird am frühen Morgen von Ernst Lemmer, dem „Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen“, über die Geschehnisse in Berlin informiert. Er sieht in ihnen allerdings keinen Anlass, am 13. oder 14. August irgend welche außergewöhnlichen Aktivitäten zu entfalten; schon gar nicht kommt es ihm in den Sinn, unverzüglich nach Westberlin zu fliegen. Stattdessen nimmt er die seit langem festgelegten Termine im Bundestagswahlkampf wahr. Am 16. August empfängt

Und scheinbar gab es 1961 offenbar nur Leute, die aus der DDR weg wollten. Die vielen Millionen, die blieben, lernten, arbeiteten, sich bewusst für die sozialistische Gesellschaft engagierten, sich teilweise zunehmend um ihr Land und den Sozialismus sorgten, spielen keine Rolle oder werden diffamiert.

Nur wenige Medien versuchen kritische Analysen der Ereignisse von 1961, der Ursachen sowie der Folgen: Sie müssen dabei feststellen, dass Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre ein Krieg zwischen den USA und der UdSSR drohte. Nicht nur wegen der Ereignisse um Kuba, der Invasion in der Schweinebucht am 17. April 1961. Vor allem in Mitteleuropa spitzte sich die Situation immer mehr zu. Westberlin war schon lange Jahre Zentrum westlicher Geheimdienste sowie offensiver antikommunistischer Propaganda. Offen sprachen bundesdeutsche Politiker in jener Zeit bereits vom Angriff auf die DDR, träumten davon, „mit klingendem Spiel“ durch das Brandenburger Tor zu marschieren. Der „Tag X“, die „Befreiung“ der „Sowjetzone“ wurde als nahe bevorstehend verkündet.

Die Schließung der Grenze am 13. August setzte dem ein Ende, sicherte den Frieden nicht nur in dieser Region. Ohne sie hätte es Krieg gegeben.

Kritische Journalisten müssen zugleich feststellen, dass selbst US-Politiker die Schließung der Grenze durch die DDR am 13. August akzeptierten. Auch weil diese durch innere, zunehmende ökonomische wie politische Schwierigkeiten, die durch die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik, durch die gezielte Abwerbung von Fachkräften und Propaganda wesentlich verstärkt wurde, in eine sehr komplizierte Lage geraten war. Sie müssen bestätigen, dass es selbst nach dem Grundlagenabkommen zwischen beiden deutschen Staaten Ende 1972 für die DDR aus politischen wie ökonomischen Gründen wenige Handlungsspielräume für großzügigere Grenz-, Reise- und Ausreiseregulungen gab. - Sie wären nötig gewesen.

Die Entscheidung zur Errichtung der Grenzbefestigungen am und nach dem 13. August 1961 war also aufgrund der weltpolitischen sowie der für die DDR entstandenen ökonomischen und politischen Situation keine willkürliche Entscheidung.

Die Folgen waren kompliziert. Für die DDR waren sie sowohl politisch wie für die humanistischen Zielstellungen des Sozialismus höchst problematisch. Es kam zur Trennung von Familien, zu Verletzten und Toten auf beiden Seiten an der Grenze.

Zur Delegitimierung der DDR und aller linken antikapitalistischen Positionen erscheint jedoch jedes Mittel recht, wird auf antikommunistische Argumentationsmuster des Kalten Krieges zurückgegriffen und Nachkriegsgeschichte verfälscht. In dem Maße, in dem der Anteil der Menschen, die Kritik am Kapitalismus haben oder ihn gar in Frage stellen, wächst, wird das Bild vom Sozialismus in Medien und Politik verlogener.

Antikommunismus hat unheilvolle Folgen. Er fördert - heute in ganz Europa und wie sich an den aktuellen Ereignissen in Norwegen brutal zeigt - Intoleranz, Hass und Gewalt gegen Andersdenkende, dient dazu, jede Alternative zu den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen zu denunzieren, die Erinnerungen zu zerstören und Menschen, die sich für eine sozialistische Welt einsetzen, zu krimi-

¹Vgl. Honoré M. Catudel: Kennedy in der Mauer-Krise: Eine Fallstudie zur Entscheidungsfindung in den USA, Berlin 1981, S.40.

²Vgl. Der Spiegel, Nr.35, 23.8.1961, S.44. Auf der Seite davor druckt der „Spiegel“ ein Foto der nicht eben klein dimensionierten Jagdgesellschaft Macmillans am 13. August ab.

Erklärung des Sekretariats des Parteivorstandes der DKP

Vor 50 Jahren schloss die DDR die bis dahin offenen Grenzen nach Westberlin und zur BRD.

Derzeit ist dieser Jahrestag das „große“ Thema – von „Bild“ bis zum Fernsehsender „Phönix“. Alle Register werden gezogen. Die bisherigen Versuche, durch Geschichtsfälschung die DDR und damit den Sozialismus völlig zu delegitimieren, hatten bislang nicht die erwünschte Wirkung und die jetzigen werden sie auch nicht haben.

Denn angesichts zunehmender sozialer Spaltung und schwindender Zukunftserwartungen werden im Land die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit lauter. Während Milliarden für Prestigeobjekte ausgegeben werden, fehlen die Mittel im sozialen Bereich, in der Kinder- und Jugendarbeit, bei der Bildung, in der Kultur und im Umweltbereich. Krieg und Bundeswehreinheiten wie in Afghanistan werden von einer Mehrheit abgelehnt. Die Wünsche vieler Menschen nach einer sicheren Zukunft, nach einem friedlichen, solidarischen und sozial gerechten Leben nehmen – trotz Angst und Unsicherheit – zu.

Die Kritik am Kapitalismus wird nicht nur in Teilen der Gewerkschaften bzw. in der Gewerkschaftsjugend deutlicher.

Zugleich leben nach wie vor Millionen von Menschen in diesem Land, die widersprüchliche, aber eben auch sehr viele positive Erfahrungen mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft haben, sich diese nicht nehmen lassen.

1991 sprach der damalige Bundesjustizminister Kinkel auf den 15. Deutschen Richtertag Klartext: Nach dem Anschluss gehe es um die Delegitimierung der DDR. Das war vor allem ein politischer Auftrag an die „unabhängige“ Justiz zur Verfolgung von Bürgerinnen und Bürgern der DDR. Entsprechende Anweisungen gab es nicht nur im Bereich der Bildung und Wissenschaft, für Gedenkstättenkonzepte, usw. Auch die derzeitige Berichterstattung mit Blick auf den 13. August 1961, ergänzt durch „Zeitzeugenberichte“ und Spielfilme, folgt solchen Vorgaben ebenso wie Erklärungen bürgerlicher Politikerinnen und Politiker. Diese predigen anderen „Demokratie“ und „Menschenrechte“, machen aber die EU-Grenzen seit Jahren aus wirtschaftlichen Gründen dicht und nehmen den Tod von Tausenden Menschen im Mittelmeer und an anderen Grenzen bewusst in Kauf.

Meist ist in der gegenwärtigen Kampagne von einer „innerdeutschen Grenze“ die Rede. Als wäre die am 7. Oktober 1949 gegründete DDR niemals ein souveräner, international geachteter Staat gewesen, der eine zu schützende Staatsgrenze hatte. Als wäre die DDR nie – wie auch die Bundesrepublik – 1973 Mitglied der UNO geworden. Als hätte es sich nur um eine „abtrünnige Provinz“ gehandelt.

Nur am Rande wird vielleicht noch erwähnt, dass die Grenze zwischen der DDR und der BRD bzw. zu Westberlin auch nach dem Ende des Kalten Krieges bis zum 9. November 1989 sensible Scheidelinie zwischen zwei gegensätzlichen gesellschaftlichen Systemen und hochgerüsteten Militärpakten blieb, zwischen Blöcken, in denen die USA und die Sowjetunion die entscheidenden Hauptmächte waren.

er Andrej Smirnow, den sowjetischen Botschafter in der BRD, dem gegenüber er die Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR lediglich als „eine lästige und unangenehme Sache“ bezeichnet, „die über das Nötige hinaus hochgespielt worden sei. Er wäre der sowjetischen Regierung dankbar, wenn sie da etwas mildern könnte.“ Im Übrigen dankte er für die Grüße des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow und versicherte Smirnow, er habe den Wunsch, mit der UdSSR „in Freundschaft“ zu leben. Im offiziellen Kommuniqué über dieses Treffen werden die Aktionen der DDR seit dem 13. August mit keinem Wort erwähnt; stattdessen findet sich hier der sehr bemerkenswerte, dem sowjetischen Diplomaten gegenüber geäußerte Satz Adenauers, „dass die Bundesregierung keine Schritte unternimmt, welche die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR erschweren und die internationale Lage verschlechtern können.“³

„Der Zusammenbruch der Ideologie des Hauses Springer“

Währenddessen kochen in Westberlin, wo seit Monaten vor allem die Rundfunk- und Fernsehstationen (RIAS und „Sender Freies Berlin“), besonders jedoch die Springer-Presse die antikommunistische und antisowjetische Stimmung in bisher nicht gekannter Weise systematisch angeheizt hatten, die Emotionen über. Rudolf Augstein, der Herausgeber des Hamburger Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ charakterisiert in einem Kommentar unverblümt die verhängnisvollen Folgen, die eine derartige, gegen die DDR und die Sowjetunion gerichtete primitive Aufhetzung nach sich ziehen muss: Es dürfe „nicht verschwiegen werden, dass Springers Tageszeitungen (täglich fünf Millionen Exemplare) und Sonntagszeitungen (wöchentlich zwei Millionen Exemplare) entscheidend mitgeholfen haben, in Berlin das Tor zuzumachen. Während des Sommers 1958 hatte er (Axel Springer-R.Z.) begonnen, die Flüchtlings-Bewegung zu thematisieren, nicht nur mit den Mitteln der Groschen-Presse, sondern erst recht in der auf Kampagnen bis dato nicht eingerichteten Welt. Auf Betreiben Springers wurde der Bundestag zu einer Spektakel-Sitzung nach Berlin einberufen. In dem Millionenblatt ‚Bild‘ lief eine Hetzkampagne von beispielhafter Urteilslosigkeit an. Ausländische Filmdiven wurden angeeifert, weil sie die Filmfestspiele in Moskau, nicht aber die in Berlin besucht hatten. Renommiertere westdeutsche Regisseure wurden als Handlanger Moskaus gebrandmarkt, Turner und Tenöre wegen undeutscher Gesinnung angeprangert. Eine englischsprachige Berliner Sonder-Illustrierte wurde dem frisch eingeführten Präsidenten Kennedy als Morgengabe über den Ozean geschickt. Darin hätte der US-Präsident lesen können, dass er zum Krieg schreiten müsse, wenn die Sowjets das tun würden, was sie getan haben: das Fluchtloch zustopfen. Die Waffe, mittels welcher des Kontinents größter Zeitungskonzern den russischen Großherrschaft aufs Kreuz legen wollte, die ursprünglich von Springer hochgespielte Flüchtlingsnot, löste sich in nichts auf. Es war neben wichtigeren Dingen die

³Zitiert nach: Henning Köhler: Adenauer. Eine politische Biographie, Berlin 1997, Bd. II, S.551.

Ideologie des Hauses Springer, die in den Morgenstunden des 13. August zusammenbrach, nachdem sie genug Unheil angerichtet hatte.“⁴

Die über Jahre durch solche medialen Strategien verhetzte Westberliner Bevölkerung reagiert zumindest in Teilen so, wie Springer sie konditioniert hatte: Aufgeputschte junge Leute ziehen an die Grenze und drohen damit, die im Bau befindlichen Grenzsperrungen zu beseitigen sowie die an der Grenze Wache stehenden Angehörigen der Betriebskampfgruppen und der Grenzpolizei tätlich anzugreifen. Hier und da kommt es zu Provokationen, wie zum Beispiel zu Steinwürfen und lautstark vorgetragenen Drohungen. Auch gegen die S-Bahn und ihre Anlagen auf Westberliner Territorium richtet sich der blindwütige Antikommunismus. So werden beispielsweise fahrende Züge mit Steinen beworfen; in den Tagen nach dem 13. August setzt eine Kampagne zum Boykott der S-Bahn ein. Vor den Bahnhöfen verhindern „Demonstranten“, mitunter auch durch die Anwendung körperlicher Gewalt, dass Bürgerinnen und Bürger Westberlins das von der Reichsbahn der DDR bewirtschaftete Nahverkehrsmittel benutzen können. Angestellte der Reichsbahn werden von ihnen angepöbelt, bespuckt und drangsaliert. Auf Schildern und Transparenten ist zu lesen, dass der Kauf einer S-Bahnfahrkarte bedeute, „Ulbrichts Stacheldraht“ zu finanzieren. Befürchtet wird – vor allem von den westlichen Alliierten, die jegliche Zwischenfälle an der Grenze strikt verhindern wollen – das Vordringen Westberliner „Demonstranten“ auf das Territorium der DDR. Die Gefahr, dass es zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommen könnte, liegt in der Luft.

Westberlin – „Vorgeschobener Posten im Kalten Krieg“

Will man aus heutiger Sicht die dramatischen Ereignisse des 13. August 1961 richtig interpretieren, so ist man gut beraten, den Bau der Berliner Mauer einzubetten in die Geschichte des Kalten Krieges. Nur dann ist es möglich, die bis zum heutigen Tag von den bürgerlichen Medien verbreiteten Lügen und Halbwahrheiten über die Geschehnisse des Sommers 1961 durchschauen zu können. Die Isolation der Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR aus dem Kontinuum der komplexen und komplizierten Historie des Kalten Krieges soll den Zweck erfüllen, dem Publikum solche Informationen vorzuenthalten, denen zufolge ihm die Mauer als von zwei Seiten errichtet erscheinen müsste. Durch eine den entstandenen Realitäten in Europa folgende Politik der Westmächte sowie der BRD, so könnte ansonsten geschlussfolgert werden, wären die Geschehnisse am 13. August 1961 zu verhindern gewesen. Aus diesen Gründen erfolgt in den Medien (weniger innerhalb der Geschichtswissenschaft) die systematische Ausblendung der über ein Jahrzehnt zurück reichenden Vorgeschichte des Mauerbaus. Walter Ulbricht und die SED müssen aus durchsichtigen Gründen als die „Schurken“ herhalten, denen einzig und allein die Verantwortung für den Mauerbau anzulasten sei. Er dient seit langem als ein probates Mittel in der Auseinandersetzung um die Delegitimierung der

tröse Grenzanlage, an der der Staat auf die eigenen Bürger schießen ließ, (...). Dabei erinnern sich die Verfasser dieses Traktats an die Bedeutung ihres Vorhabens: „Das Brandenburger Tor und die Berliner Mauer haben einen größeren Bekanntheitsgrad als die Mailänder Skala und der Vatikan“.

Mit einem Aufwand von fast 40 Millionen Euro wurde das Ensemble einer Freilicht-Show errichtet bzw. ausgebaut, mit dem der politischen Zielstellung folgend die gesellschaftlichen Zusammenhänge der Grenzsicherung ausgespart und die vorgeführten Fakten verfälscht werden. Damit gibt es ein weiteres Objekt „von nationaler Bedeutung“, mit dem der Sozialismus auf deutschem Boden verfeuert und kriminalisiert wird. Hier wird eine Psychose in Gang gesetzt, die in dem von den deutschen Faschisten verbreiteten „Russenschreck“ ihren Vorläufer hat. Dieser Antikommunismus ist von großer Wirksamkeit gegen jede progressive, demokratische Entwicklung und Bewegung. Er ist ein Nährboden des sich ausbreitenden Neofaschismus.

Und so werden am 13. August 2011 die Repräsentanten von Regierung und Parteien, darunter der PDL, ihre Kränze niederlegen zum Gedenken an die „Mauertoten“, während zur gleichen Zeit allen Versuchen, der historischen Wahrheit über die Sicherung der Staatsgrenze der DDR und ihren Hintergründen mit äußerster Diffamierung begegnet wird. Heinz Kessler, in der DDR Minister für Nationale Verteidigung und heute auch ein Kandidat auf der Landesliste der DKP zur Wahl für das Abgeordnetenhaus von Berlin, hat mit seinem Freund und einst engsten Mitarbeiter, Fritz Streletz, gerade ein Buch veröffentlicht „Ohne Mauer hätte es Krieg gegeben“.² Die Hetze, die daraufhin in den Medien einsetzte, gibt einen Vorgeschmack auf das, was die Berliner und nicht nur sie in den Tagen bis zum Jahrestag erwartet.

Gemeinsam mit allen demokratischen und antifaschistischen Kräften ruft die Landesorganisation Berlin der DKP deshalb auf, entschlossen dieser gefährlichen ideologischen Kampagne entgegen zu treten.

⁴Der Spiegel, Nr.37, 6.9.1961, S.18: Moritz Pfeil (Pseudonym Rudolf Augstein): Das Tor ist zu.

²Heinz Kessler, Fritz Streletz, „Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben – Zwei Zeitzeugen erinnern sich“, edition Ost, Berlin 2011

Erklärung des Sekretariats des Landesvorstandes Berlin der DKP zum 50. Jahrestag der Sicherung der Staatsgrenze der DDR

In der Erklärung des Antifaschistischen Komitees gegen Krieg und Sozialraub zum Jahrestag der Grenzsicherung der DDR, zu deren Mitunterzeichnern die Landesorganisation Berlin der DKP gehört, wird auf die mit den zwei deutschen Staaten gegebenen politischen und Bedingungen und Zusammenhänge hingewiesen, die die Führung der DDR veranlassten, in Übereinstimmung mit den Staaten des Warschauer Vertrages diese Entscheidung zu treffen.

Es ging dabei nicht allein darum, dass sich auf deutschem Boden zwei gegensätzliche gesellschaftliche Systeme, zwei gegeneinander feindlich verhaltende Staaten gegenüberstanden, sondern auch darum, dass diese Feindschaft mit ebenso gegensätzlichen Methoden ausgetragen wurde. Während die DDR die staatliche Existenz der BRD praktisch in keiner Weise infrage stellte, geschah das durch die Bundesrepublik auf allen Ebenen und mit allen Mitteln, Verbrechen nicht ausgeschlossen. Gegensätzlichkeiten dieser und ähnlicher Art werden durch die Bundesrepublik heute wieder mit Krieg und mit offenen und verdeckten Aktivitäten zur Destabilisierung „nicht genehmer“ Staaten ausgetragen.

Die offizielle Politik der Bundesregierung, die Medien und die Apologeten verschiedenster Disziplinen verwenden viel Kraft darauf, die politischen Hintergründe der Grenzsicherung der DDR mit dem traditionellen Geschwätz von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten zu verschleiern und diese Aktion in einem Licht erscheinen zu lassen, als wäre es nur um gestörte menschliche Schicksale an Stadtbezirksgrenzen gegangen. Kriminelles Handeln im Zusammenhang mit der Staatsgrenze West wird heute zur Heldentat hochstilisiert.

In und für Berlin tritt diese Situation besonders drastisch hervor, nicht zuletzt historisch bedingt durch die einstmals Westberlin zugeordnete Rolle, „Pfahl im Fleische der DDR“ zu sein. Von den rund 1553 km Staatsgrenze der DDR zur BRD waren die 161 km zu Berlin (West) ein besonders sensibler und entsprechend gesicherter Teil.¹ Die antikommunistische Sicht darauf findet in der Verwirklichung eines Projektes ihren Ausdruck (die letzten Pinselstriche sind noch nicht getan), mit dem „das sichtbarste Zeichen des Eisernen Vorhangs“ den Leuten als „Symbol politischer Unterdrückung“ vorgeführt werden soll. Es geht um das „Gesamt-konzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer: Dokumentation, Information und Gedenken“, ausgearbeitet unter Leitung des zu dieser Zeit tätigen Senators Dr. Thomas Flierl (Linkspartei/PDS) und 2006 von Berliner Senat beschlossen.

Der aktuelle Medienrummel liegt voll im Trend der Zielstellung des inzwischen fast vollständig realisierten Projektes. „Dieses Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer ist all denen gewidmet, die wegen ihres Wunsches, von einem Berliner Stadtbezirk zum anderen, von Deutschland nach Deutschland, aus einem diktatorischen System in den demokratisch verfassten Teil ihres Landes zu gelangen, Gesundheit oder Leben verloren, (...). Eine von Menschen errichtet mons-

¹Klaus-Dieter Baumgarten, Peter Freitag, „Die Grenzen der DDR - Geschichte, Fakten, Hintergründe“, edition ost, Berlin 2005

DDR. Die historischen Realitäten sprechen allerdings eine völlig andere Sprache.

Mit der Einführung der D-Mark in den drei Westsektoren Berlins im Juni 1948 war die ehemalige deutsche Hauptstadt nicht nur währungstechnisch, sondern auch ökonomisch und politisch von den USA, Großbritannien und Frankreich geteilt worden.⁵ Seit der dadurch ausgelösten „Berlin-Krise“ in den Jahren 1948/49, die auch zu den von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland verfügten Absperrungen der Landwege zwischen der BRD und Westberlin, nicht aber zur Schließung der Übergänge zwischen den Westsektoren und dem sowjetischen Sektor führte, war Westberlin das Hauptaktionszentrum des Kalten Krieges in Europa. Von hier aus konnten jederzeit Aktivitäten ihren Anfang nehmen, die instande gewesen wären, einen Dritten Weltkrieg auszulösen. Worum ging es dabei? Die US-Administrationen unter Harry S. Truman (April 1945 bis Januar 1953) und Dwight D. Eisenhower (Januar 1953 bis Januar 1961) betrieben eine Strategie gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten, die zwischen dem Zurückdrängen ihres Einflusses („containment“) und der „Befreiung“ der sozialistischen Staaten mittels einer „roll back“ genannten Politik variierte. Unter der Präsidentschaft Eisenhowers und seines Außenministers John Foster Dulles gewannen diejenigen Kräfte die Oberhand, die durch koordinierte Propaganda-, Spionage-, Diversions- und Terrorakte die Lage in den sozialistischen Staaten systematisch destabilisieren, die Partei- und Staatsführungen erpressbar machen und dort letztlich wieder bürgerlich-kapitalistische Verhältnisse etablieren wollten. Die massive atomare Aufrüstung der USA tat ein Übriges.

In diesem Zusammenhang wurde Westberlin binnen kürzester Zeit zu einem Stützpunkt ausgebaut, von dem aus diese Strategie zielgerichtet betrieben werden konnte.⁶ Die inmitten der DDR gelegene Stadt wurde – wie es der US-amerikanische Historiker David G. Coleman treffend formulierte – das „Zentrum verdeckter und offener anti-sowjetischer Operationen in Europa“. Dabei ging es nicht zuletzt um die „aktive Förderung von oppositionellen Kräften in der DDR, wobei die CIA hoffte, die DDR destabilisieren zu können, ohne dass dabei die Spuren bis nach Washington zurückverfolgt werden könnten.“⁷ John Ausland, damals leitender Mitarbeiter der Deutschland-Abteilung im US-Außenministerium, gab 1996 zu Protokoll, dass „ein Großteil unserer Planungen darauf ausgerichtet war, eine Wiederholung der Ereignisse vom 17. Juni 1953 herbeizuführen“.⁸ In diesem Zusammenhang existierten unter den US-Verantwortlichen höchst abenteuerliche Vorstellungen, die auch geheime Waffenlieferungen an so genannte regime-kritische Kräfte in der DDR und in anderen sozialistischen Staaten beinhalteten.⁹

⁵Vgl. hierzu: „Berlin ist einen Krieg wert...“ Währungsreform, Luftbrücke, Spaltung Berlins – Die Berliner Krise 1948/1949, Berlin 2008 (Beiträge zur Berliner Geschichte, hrsg. vom Arbeitskreis Geschichte bei der DKP Neukölln, Heft 1).

⁶Zum Gesamtzusammenhang vgl. Hans Teller: Der kalte Krieg gegen die DDR. Von seinen Anfängen bis 1961, Berlin-DDR 1979.

⁷David G. Coleman: Eisenhower and the Berlin Problem, 1953-1954, in: Journal of Cold War Studies, Vol. 2, No. 1, Winter 2000, S.8 u.11. Übersetzung von mir-R.Z.

⁸Zitiert nach ebenda, S.18. Übersetzung von mir-R.Z.

⁹Vgl. http://www.foia.cia.gov/docsDOC_0000784164DOC_0000784164.pdf. SECRET. Das Doku-

In Westberlin existierte ein Geflecht von überaus aktiven Organisationen und Gruppen, die sich den Kampf gegen die DDR mit allen denkbaren Mitteln auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Dazu gehörten zum Beispiel das „Ostbüro“ der SPD, das vor allem der politischen und militärischen Nachrichtenbeschaffung diente. Daneben ging es um die Gründung und Förderung konspirativer Gruppen, die in Parteien und Verbänden der DDR, nicht zuletzt innerhalb der SED, die Deutschland-Politik der SPD-Führung in Bonn propagieren sollten. Die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU), zu deren Gründungsmitgliedern der spätere CDU-Bundestagsabgeordnete und Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Ernst Benda gehörte, verbreitete vor allem an Oberschulen und Universitäten antikommunistische Flugblätter, schreckte aber auch nicht vor Versuchen zurück, Wirtschaftssabotage zu betreiben sowie Brandanschläge in Kaufhäusern und gegen Eisenbahnanlagen und Brücken zu unternehmen. Einige dieser Attentate, so zum Beispiel eine Brückensprengung 1951 in der Nähe von Finowfurt und ein Anschlag gegen den aus Moskau kommenden D-Zug 1952 bei Erkner, konnten in buchstäblich letzter Stunde verhindert werden. Ferner wurden mit Hilfe von Ballons massenhaft antikommunistische Propagandaschriften in die DDR geschickt. Auch die Anwerbung von Agenten für diverse westliche Geheimdienste gehörte zum Aufgabenbereich der KgU. Zum Dritten sei der „Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen“ genannt, der von der CIA gegründet worden war und ein weites Aktionsfeld beackerte. Dazu gehörte zum Beispiel die systematische Gewinnung von detaillierten Informationen über Funktionsträger des Staates und der SED, die in personenbezogenen Dossiers zusammengefasst und in Form von „Anklageschriften“ der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Nicht wenige Exemplare jener Elaborate wurden in die DDR geschmuggelt; auch gehörte es zur Praxis des „Untersuchungsausschusses“ Drohbriefe an Partei- und Staatsfunktionäre in die DDR zu schicken.

Die Westberliner Tageszeitung „Der Abend“ meldete bereits am 3. Mai 1953, dass diese obskure Organisation mehr als 26.000 Personen aus der DDR in ihren Akten erfasst habe, wobei etwa 18.000 ausführliche Unterlagen über Staats- und Parteifunktionäre vorlägen.¹⁰ Bis 1959 war die Zahl der ausgespähten Personen in der DDR auf etwa 100.000 angewachsen. Mit Hilfe ausführlicher Befragungen geflohener DDR-Bürger sollte außerdem ein präzises Bild über die politischen und ökonomischen Verhältnisse gewonnen sowie die Lage in den bewaffneten Kräften analysiert werden. Bei Bewerbungen von ehemaligen DDR-Bürgern griffen Un-

ment trägt keine Überschrift. Auf der ersten Seite dieser Quelle sind ca. anderthalb Zeilen unkenntlich gemacht worden. Da ein direkter Zugriff auf dieses Dokument (und die anderen, im Folgenden genannten CIA-Dokumente) in der Regel nicht möglich ist, muss eine mühevollere Prozedur absolviert werden: Anklicken „CIA“ über google, dann nacheinander anklicken „History of the CIA“ – „library“ – „Freedom of Information Act Reading Room“ – „Search Declassified Docs (in der Suchmaske, „Berlin“ eingeben) – dann die mehrseitige, chronologisch geordnete Liste durchgehen – „MISC Re Breakdown of the Diplomatic efforts to resolve the Berlin Crisis (751959)“. Dieses Verfahren müsste auch bei den anderen in diesem Beitrag genannten deklassifizierten CIA-Dokumenten angewandt werden.

¹⁰Vgl. Der Abend, 3.5.1953. Weitere Informationen finden sich in: Landesarchiv Berlin (im Folgenden: LAB), B Rep. 004, Nr. 26.

Unterstützung e.V.(GRH), Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.(GBM), Kommunistische Partei Deutschlands, Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden e.V.(OKV), RotFuchs -Förderverein e.V., Revolutionärer Freundschaftsbund e.V.(RFB).

Berlin, 10. Juni 2011

und der unausgesetzten Angriffe auf alle nur denkbaren Bereiche ihrer Entwicklung, erinnert sei nur an die letztlich erfolglose „Hallstein-Doktrin“ zur diplomatischen Blockade, internationales Ansehen, so dass schließlich 1973 die Deutsche Demokratische Republik in die Völkergemeinschaft aufgenommen wurde.

Es kann nicht verwundern, dass das Kapital und die politischen Kräfte der BRD nach der Vereinnahmung des Territoriums der DDR im Jahre 1990 heute mehr denn je gegen all die Menschen zu Felde ziehen, die mit ihrem persönlichen Einsatz diese friedenssichernden Maßnahmen beginnend mit dem 13. August 1961 ermöglicht und nachhaltig durchgesetzt haben. Die Diskriminierung der Grensoldaten, die oft unter Einsatz ihres Lebens diese Grenze zuverlässig gesichert und geschützt haben, ist wesentlicher Bestandteil dieser Kampagne.

Die Bemühungen der imperialistischen Kräfte in Deutschland, ihrer Handlanger in Politik, Gesellschaft, Kultur und die sogenannten freien Medien, werden unverändert darauf gerichtet sein, den 13. August zu einem Schanddatum für die DDR und ihre Verantwortungsträger zu machen und die historischen Gegebenheiten der Vergangenheit und Gegenwart zu fälschen.

Die Spaltung Deutschlands und „Errichtung einer Mauer“ begann bereits mit dem von Winston Churchill am 5. März 1946 in seiner Rede in Fulton als Schlagwort geprägten „Eisernen Vorhang“ als Bezeichnung und Forderung der politischen und weltanschaulichen Trennlinie zwischen Ost und West und damit Beginn des Kalten Krieges durch die Westmächte, spätestens mit der einseitigen Währungsumstellung 1948 in den Westzonen und Westberlin sowie mit der Gründung der BRD.

Die Teilung Deutschlands hat viel persönliches Leid gebracht. Aber die persönlichen Schicksale gebieten es auch, den geschichtlichen Zusammenhang nicht zu negieren. Das macht dieses Leid nicht kleiner, aber es darf auch nicht die Sicht auf die Tatsachen verstellen.

Der 13. August 1961 bleibt ein Datum von großer Bedeutung, die weit über die „Mauer“ in Berlin hinaus reicht. Es sollte allen realistisch denkenden Menschen heute und in Zukunft vor Augen führen, dass ohne die damaligen Maßnahmen vor 50 Jahren die Gefahr eines verheerenden Krieges in Europa wesentlich gestiegen wäre. Vergessen wir deshalb nie diejenigen, die für die Erhaltung des Friedens seit Gründung der DDR und insbesondere seit jenem 13. August als Angehörige der bewaffneten Kräfte ihr Leben lassen mussten und auch die nach 1990 für ihr verfassungsgemäßes Handeln zum Schutze der DDR verfolgt, bestraft und inhaftiert wurden. Treten wir ein für ein friedliches und menschenwürdiges Leben, für eine Politik der nationalen Selbstbestimmung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten dieser Erde.

Antifaschistisches Komitee gegen Krieg und Sozialraub: Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde (BÜSGM), Deutscher Freidenkerverband, Landesverband Berlin, Deutsche Kommunistische Partei (Landesverband Berlin), Freundeskreis „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e.V. Ziegenhals und Aktionsbündnis Ernst-Thälmann-Denkmal Berlin, Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären

ternehmen und Behörden in Westberlin und in der BRD übrigens gern auf die „Amtshilfe“ des so genannten Untersuchungsausschusses zurück, um ihre politische Einstellung in der DDR und damit ihre Zuverlässigkeit, jederzeit für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ einzutreten, in Erfahrung zu bringen.

„Wechselstuben“ und „Grenzgänger“

Ein weiterer Aspekt des Kampfes gegen die DDR stellte die Existenz zahlreicher, so genannter Wechselstuben in Westberlin dar. In ihnen konnte die D-Mark gegen die Mark der DDR im Verhältnis von eins zu vier bis eins zu fünf getauscht werden. Nicht wenige Bürgerinnen und Bürger Westberlins nutzten die Möglichkeit, auf diesem Wege billig Kleidung, Spielwaren oder Lebensmittel zu erwerben. Das Problem bestand darin, dass diese Güter zum Teil hoch subventioniert waren, die Käufer aus dem Westen aber selbstverständlich keinerlei Steuern oder Abgaben an die DDR entrichtet hatten. Es kam hinzu, dass nicht nur viele Arbeiter und Angestellte aus Westberlin ihren Geldbeutel auf diese Weise schonen konnten. Die günstigen Einkaufsmöglichkeiten nutzten bandenmäßig organisierte Kriminelle, die in großen Mengen Waren aus der DDR nach Westberlin verbrachten und dabei traumhaft hohe Gewinne erzielten. Die volkswirtschaftlichen Schäden derartiger Aktionen waren beträchtlich. Zwar reagierte die Regierung der DDR auf diese Praktiken mit immer dichter gestrickten, stichprobenartigen Kontrollen in den S-Bahnzügen nach Westberlin und an der Grenze sowie mit der Vorschrift, beim Kauf bestimmter Waren den Personalausweis vorzulegen; doch bei offenen Grenzen konnte hier bestenfalls nur das Schlimmste verhindert werden.

Ein besonders drängendes Problem stellten die mehr als 50.000 „Grenzgänger“ dar, die in der DDR wohnten, aber in Westberlin arbeiteten. Sie verdienten D-Mark, profitierten aber von den günstigen Preisen für Mieten, Energie und Grundnahrungsmitteln in der DDR. Sie und ihre Familien kamen außerdem in den Genuss der niedrigen Eintrittsgelder beim Besuch von Tierparks, Kinos, Theatern, Opernhäusern und Museen. Ihre Kinder erhielten Stipendien, wenn sie Hochschulen besuchten. Es kam hinzu: Da die „Grenzgänger“ einen Teil ihres Verdienstes in den „Wechselstuben“ umzutauschen pflegten, konnten sie ein materiell sorgenfreies Leben führen. Erst kurz vor dem 13. August 1961 wurden sie veranlasst, Miet- und Pachtzahlungen, Gas-, Wasser- und Stromrechnungen in D-Mark zu begleichen. Zugleich mussten sie ihre Tätigkeit in Westberlin behördlich anmelden und genehmigen lassen. Um diese Situation einer Lösung zuzuführen, richtete Friedrich Ebert, der Oberbürgermeister der Hauptstadt der DDR, am 31. Juli 1961 ein Schreiben an den Regierenden Bürgermeister von Westberlin, Willy Brandt. Er schlug darin vor, dass gemeinsame Kommissionen des Magistrats und des Senats Vorschläge ausarbeiten sollten, um diese Problematik einvernehmlich bereinigen zu können. Der Westberliner Senat hielt es allerdings in leichtfertiger Weise für angemessen, dieses Schreiben in einer überaus arroganten Tonlage durch eine „Erklärung des Presse- und Informationsamtes des Senats von Berlin“ am 3. August

1961 lediglich indirekt und selbstverständlich strikt ablehnend zu beantworten.¹¹ Insgesamt zeigte sich, dass die offene Grenze zu immensen ökonomischen Schäden für die DDR geführt hatte. Dieser Zustand konnte auf die Dauer nicht aufrecht erhalten bleiben.¹²

Das „Berlin-Ultimatum“ vom 27. November 1958

An dieser Stelle ist es notwendig, den Blick über Berlin hinaus zu werfen, weil allein die lokale Perspektive die Entwicklungen, die zum 13. August 1961 führten, nicht hinreichend erklären kann. Am 27. November 1958 überreichte die sowjetische Regierung den drei Westmächten eine Note, in der ihre Vorschläge für eine dauerhafte Lösung der von Westberlin ausgehenden Probleme enthalten waren. Im Kern handelte es sich darum, Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt umzuwandeln, deren Bewohner diejenige Gesellschaftsordnung wählen sollten, die sie selbst für richtig hielten. Die Sowjetunion wollte deshalb auch die Aufrechterhaltung privatkapitalistischer Verhältnisse in Westberlin respektieren. Die westalliierten Truppen müssten die Stadt verlassen, deren Sicherheit durch die vier Mächte, aber auch von Seiten der UN und von beiden deutschen Staaten garantiert werden könnte. Der ungehinderte Verkehr in die BRD würde von der DDR, mit deren Regierung ein entsprechendes Abkommen abzuschließen sei, sicher gestellt werden. Außerdem müssten die von Westberlin ausgehenden Spionage- und Diversionshandlungen gegen die DDR beendet werden. Sollte innerhalb eines halben Jahres eine einvernehmliche Regelung nicht erzielt werden, so behalte sich die Sowjetunion vor, der DDR „in vollem Umfang für die ihr Gebiet angehenden Fragen“ die Zuständigkeit zu übertragen, „das heißt, dass sie ihre Souveränität zu Lande, zu Wasser und in der Luft ausüben muss“.¹³ Dieses „Berlin-Ultimatum“ löste in den westlichen Hauptstädten hektische Betriebsamkeit aus. Während markige Erklärungen und schroffe Zurückweisungen der sowjetischen Vorschläge an der Tagesordnung waren, gab es hinter den Kulissen manche Stimmen, die für Verhandlungen und zumindest teilweise Zugeständnisse an die UdSSR plädierten.

Als Motiv der sowjetischen Führung, zu diesem Zeitpunkt die Frage einer dauerhaften Lösung des Westberlin-Problems zu stellen, wurde von realistisch denkenden Politikern hervorgehoben, es ginge der sowjetischen Führung um die Klärung der wesentlichen sicherheitspolitischen Fragen in Europa, die sie in Verhandlungen mit dem Westen lösen möchte. Das so genannte Berlin-Ultimatum solle hierfür nur als auslösender Faktor dienen, um die Westmächte an den Verhandlungstisch

¹¹Vgl. hierzu: Archiv der Gegenwart, XXXI. Jg., 1961, S.9266B u. Dokumente zur Deutschlandpolitik. IV. Reihe, Bd. 6, 1. Januar bis 11. August 1961, 2. Halbband, hrsg. von Rainer Salzmann, Frankfurt a.M. 1975, S.1384, 1473, 1503 u. 1529.

¹²Zum „Flüchtlings“- und Grenzgänger-Problem äußerte sich Walter Ulbricht, 1. Sekretär des ZK der SED, in einer ausführlichen Rede im VEB Kabelwerk Oberspree am 10. August 1961, wo in großer Offenheit die damit zusammenhängenden Fragen behandelt wurden; vgl. ebenda, S. 1545f.

¹³Berlin. Chronik der Jahre 1957-1958. Hrsg. im Auftrag des Senats von Berlin, Westberlin 1976, S.760.

Erklärung des Antifaschistischen Komitees gegen Krieg und Sozialraub zum 50. Jahrestag der Sicherung der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik am 13. August 1961

Die Sicherung der Staatsgrenze der DDR, insbesondere gegenüber den drei Westsektoren Berlins, am 13. August 1961 war eine historisch notwendige Maßnahme der sozialistischen Staatengemeinschaft zur Abwehr der sich akut zuspitzenden Kriegsgefahr in Europa.

Es muss daran erinnert werden, dass der deutsche Imperialismus nach 1945 zu keinem Zeitpunkt seine Absichten aufgegeben hat, wirklich demokratische Entwicklungen und jegliche Ansätze einer sozialistischen Entwicklung zuerst in der sowjetischen Besatzungszone und dann in der DDR mit allen Mitteln zu verhindern und nach Möglichkeit rückgängig zu machen.

Mit allen Mitteln hieß auch mit allen dem Imperialismus zu Gebote stehenden nicht friedlichen Möglichkeiten – Unterwanderung, Hetze, Abwerbung von Fachkräften, Sabotage, Terror, Mord und Totschlag. Dieser immer aggressiveren, auf die Beseitigung der DDR gerichteten Politik des Westens Einhalt zu gebieten, war im Sommer 1961 unausweichlich.

Die Warschauer Vertragsstaaten schoben mit ihren abgestimmten Maßnahmen den Einnichtungs- und Interventionsabsichten in der zu diesem Zeitpunkt einzig möglichen Weise einen wirksamen Riegel vor und errichteten mit den Grenzsicherungsmaßnahmen den antifaschistischen Schutzwall.

Damit wurden die unter Führung der Arbeiterklasse bis dahin noch nie in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung erkämpften politischen, demokratischen und sozialen Errungenschaften wirksam geschützt. Die DDR hatte im Bündnis mit den Staaten des Warschauer Vertrages nun günstigere und berechenbarere Voraussetzungen für eine zielgerichtete sozialistisch ausgerichtete politische, ökonomische und sozial-kulturelle Entwicklung.

Insbesondere den Konzernen der BRD war es nicht mehr möglich, ihren Fachkräftebedarf vor allem auf Kosten des zu jeder Zeit hervorragenden Bildungssystems der DDR zu decken.

Die friedenssichernden Maßnahmen im Herzen Europas waren über Jahrzehnte eine wichtige Garantie für ein weitgehend friedliches Neben- und Miteinander der Völker.

Die Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD, die sich wegen des Bruches der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens bezüglich der drei Westsektoren Berlins, auch auf die Grenze zwischen der DDR und Westberlin erstrecken musste, war zu keinem Zeitpunkt eine sogenannte „Innerdeutsche Grenze“. Sie war von Anfang an die Grenze zwischen den stärksten und aggressivsten imperialistischen Kräften und ihrem Militärbündnis NATO und der sozialistischen Staatengemeinschaft mit dem Warschauer Vertrag in Europa.

Zum Verdruss der imperialistischen Staaten, vor allem gegen den erklärten Willen der BRD, erlangte die DDR trotz der fortwährenden Verleumdungskampagnen

bei dem Spiel mit dem Feuer. Beide deutsche Staaten handelten nach den Vorgaben, die sie von den Führungsmächten erhalten haben.

Für uns ergibt sich aus meiner Sicht im Zusammenhang mit dem 13. August 1961 folgende Schlussfolgerung:

Die militärische Grenzsicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Westberlin erfolgte in der 40-jährigen Periode des Kalten Krieges im Auftrag des Warschauer Vertrages, im Interesse des Warschauer Vertrages und zum Schutze der Staaten des Warschauer Vertrages. Diese Maßnahmen waren ein wichtiger Beitrag zur Friedenserhaltung in Europa. Jeder Angehörige der Grenztruppen der DDR kann auch heute erhobenen Hauptes und mit Stolz auf seinen geleisteten Ehrendienst zurückblicken. Er hat seine Aufgaben nach dem Recht und den Gesetzen des Staates erfüllt, der von 138 Staaten dieser Welt anerkannt war und der in der UNO einen geachteten Platz eingenommen hat. Die internationale Autorität der DDR war nicht schlechter als die der BRD. Keiner von uns hat in einem „Unrechtsstaat“ gedient!

Ich bin fest davon überzeugt: Trotz der vielen Verleumdungen, Diskriminierungen und Kriminalisierungen wird die Geschichte ein gerechtes Urteil über den Beitrag der Grenztruppen der DDR zur Erhaltung des Friedens in Europa fällen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Oberst a. D. Dr. Rolf Ziegenbein war stellv. Kommandeur der Offiziershochschule der Grenztruppen „Rosa Luxemburg“ in Suhl.

Fritz Streletz war Generaloberst, Stellvertretender Minister für Nationale Verteidigung, Chef des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee und Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates.

zu bringen. Diese Vermutung wurde erstaunlicher Weise durch eine geheime Aufzeichnung der CIA über „Die sowjetische Haltung und Taktik gegenüber dem Berlin-Problem“ vom 22. März 1960 gestützt, die zu der sehr bemerkenswerten Schlussfolgerung gelangte, „es gebe einen Sinn, so glauben wir, dass die Sowjetunion aufrichtig („genuinely“) die Entspannung („détente“) wünscht.“¹⁴

Wer unter den westlichen Staatsmännern vertrat die Auffassung, sich auf Gespräche und Kompromisse mit der UdSSR einzulassen? Neben einflussreichen Senatoren im US-Kongress wie Mike Mansfield und William Fulbright sowie einer wachsenden Zahl von Labour-Abgeordneten im Unterhaus waren es in erster Linie der britische Premierminister Harold Macmillan und seine Außenminister Selwyn Lloyd bzw. Lord Home, die in geheimen Regierungsvorlagen, aber auch in vertraulichen Gesprächen mit ihren Verbündeten, für folgende Verhandlungsziele warben¹⁵: die de-facto-Anerkennung der DDR, der später eine völkerrechtliche Anerkennung folgen müsse; eine Vereinbarung über atomwaffenfreie Zonen in Europa, die auch für das Gebiet der BRD und der DDR gelten müssten; die Übernahme der Kontrolle der Zufahrtswege von und nach Westberlin durch die UN, wobei Angehörige von DDR-Organen die praktische Durchführung von Kontrollen vornehmen könnten; die Stationierung von lediglich symbolischen Einheiten der West-Alliierten und – möglicher Weise – der Sowjetunion in Westberlin; eine deutliche Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa; die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze des polnischen Staates durch alle europäischen Länder, einschließlich der BRD; die definitive Verhinderung jeglicher Atombewaffnung der Bundeswehr, einschließlich der für den Kriegsfall geplanten Überlassung taktischer Atomwaffen durch die USA.

Atomwaffen für die Bundeswehr?

Der letzte Punkt besaß für die Sowjetunion eine überragende Bedeutung. Selbst die CIA formulierte am 24. Februar 1959 in einer geheimen Analyse zur Berlin-Politik der UdSSR, dass „die Begrenzung der westdeutschen Rüstungen und die Verhinderung einer westdeutschen nuklearen Kapazität“¹⁶ zu den Ursachen für das so genannte Berlin-Ultimatum zu zählen seien. In Wahrheit kreiste das Denken und Handeln in Moskau seit den späten fünfziger Jahren immer stärker um die drohende Verfügungsgewalt der BRD über Atomwaffen, die möglicherweise sogar

¹⁴http://www.foia.cia.gov/docsDOC_0000397627/DOC_0000397627.pdf. The Soviet Attitude and Tactics on the Berlin Problem. SECRET. Übersetzung von mir-R.Z.

¹⁵Die Haltung der Regierung Macmillan zum Berlin-Problem ist hervorragend erforscht worden. Vgl. hierzu: Victor Mauer: Macmillan und die Berlin-Krise 1958/59, in: Vierteljahresschäfte für Zeitgeschichte, 44. Jg., 1996, H.2, S.229ff.; John P.S. Gearson: Harold Macmillan and the Berlin Wall Crisis, 1958-1962, London 1998, bes. S.165ff.; Rolf Steininger: Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963, 2. Aufl., München 2001, u.a. S.28ff., 75ff., 148ff., 180ff., 315ff. (eine allerdings apologetische Darstellung, die an den Deutschland- und Berlinpolitischen Vorstellungen der britischen Regierung kein gutes Haar lässt); Sean Greenwood: Britain and the Cold War, 1945-1991, Basingstoke 2002 u.ö., S. 137ff.;

¹⁶http://www.foia.cia.gov/docsDOC_0000269488/DOC_0000269488.pdf. Probable Soviet Courses of Action Regarding Berlin and Germany. SECRET. Übersetzung von mir-R.Z.

in der Lage wären, das Territorium der UdSSR zu erreichen. Diese Befürchtungen wuchsen durch entsprechende öffentliche Aussagen des Verteidigungsministers Franz Josef Strauß weiter an.

Dass es sich hier nicht um realitätsfremde Mutmaßungen handelte, beweist der Text eines geheimen Telegramms vom 20. November 1961, das offensichtlich von der CIA-Residentur in Bonn nach Washington gesandt wurde. Dort heißt es: „Strauß ist der Ansicht, dass – solange die USA ihre Atomwaffen und ihren Einsatz nicht mit den Europäern teilen – Deutsche und Franzosen zusammenarbeiten sollten, um ihre eigenen Atomwaffen herzustellen. Innenminister Schröder meint, dass die drei Westmächte gegeneinander ausgespielt werden sollten und dass die Bundesrepublik ihr Versprechen zurücknehmen sollte, keine ABC-Waffen zu produzieren. Eine westdeutsche atomare Abschreckung könnte die Sowjets stärker beeindrucken als es die Abschreckung der USA vermag. Im Falle der Konfrontation mit deutschen nuklearen Kapazitäten würde die Sowjetunion bereit sein, große Zugeständnisse bei Verhandlungen mit Westdeutschland zu machen.“¹⁷ Hinzu käme, so heißt es in dieser bemerkenswerten Quelle, dass Strauß, Schröder und einflussreiche Kräfte innerhalb der FDP, darunter die der Partei angehörenden Bundesminister, strikt gegen atomwaffenfreie Zonen und eine nukleare Abrüstung seien. Hinzugefügt werden darf: Alles das galt auch für Bundeskanzler Adenauer, der Überlegungen zur eigenständigen Produktion und zur autonomen Verfügung der Bundeswehr über atomare Waffen – freilich äußerte er dies stets strikt vertraulich in kleinen Zirkeln – niemals aufgegeben hatte.¹⁸

¹⁷http://www.foia.cia.gov/docs/DOC_0000873082_DOC_0000873082.pdf. Foreign Policy Aims of Strauss, Schroeder, and some FDP Leaders. SECRET. Übersetzung von mir-R.Z. Die erste Seite dieses Telegramms ist nach wie vor von der US-Regierung unkenntlich veröffentlicht worden. Offensichtlich wurden hier die in höchsten Regierungsstellen befindlichen westdeutschen Zuträger der CIA namentlich genannt und die Zuverlässigkeit ihrer Information eingeschätzt.

¹⁸Vgl. hierzu die außerordentlich bemerkenswerte Arbeit von: Hans-Peter Schwarz: Adenauer und die Kernwaffen, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 37. Jg., 1989, H. 4, S.567ff. Hier heißt es auf S.577: „Heißt das, dass Adenauer die Bundesrepublik gerne zur Kernwaffenmacht nach dem Modell Großbritanniens und Frankreichs gemacht hätte? Hätte er gekonnt, wahrscheinlich.“ Der Autor formuliert ferner auf S.578: „Tatsächlich ist Adenauer zu keinem Zeitpunkt bereit, den nicht-nuklearen Status der Bundesrepublik (nicht-nuklear bezogen auf die Eigentümerschaft von Kernwaffen!) für alle Zeiten zu akzeptieren.“ Vgl. hierzu auch die folgende, mehr technikhistorisch angelegte Studie zur Thematik: Michael Eckert: Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 37. Jg., 1989, H. 1, S.115ff., wo es auf S.122 heißt: „Für ein Einstiegsland wie die Bundesrepublik erscheint der starke Wunsch nach Plutonium kaum plausibel, wenn ausschließlich friedliche Zwecke verfolgt worden wären; weder die Verwendung von Plutonium als Brennstoff für Schnelle Brüter noch für Leichtwasserreaktoren...erscheint aus der Perspektive der frühen fünfziger Jahre als hinreichender Beweggrund.“ Dass es auch in den USA ein starkes Misstrauen gegenüber möglichen nuklearen Zukunftsplanungen der BRD gab, wird nicht zuletzt auf der Basis US-amerikanischer Akten gut dokumentiert bei: Karl J. Brandstetter: Allianz des Misstrauens. Sicherheitspolitik und deutsch-amerikanische Beziehungen in der Nachkriegszeit, Köln 1989.

Dass die Führungsmacht der NATO, die USA, die Lage in Europa im Sommer 1961 genauso brisant einschätzte, geht aus Folgendem hervor: Am 19.Juli 1961 hat der amerikanische Präsident nach 6 Wochen intensiver Arbeit seine Entscheidungen bekannt gegeben: (fast der gleiche Zeitpunkt wie die Weisung Gretschkos)

1. Zusätzliche Forderungen zugunsten des Militärhaushaltes von 3,2 Milliarden Dollar.
2. Sonderermächtigung für die Einberufung von Reservisten ohne Mobilmachung.
3. Die Einberufungsquote soll mehr als verdreifacht werden.
4. Westberlin sollte in den Bereitschaftszustand versetzt werden.

Ich möchte auf keinen Fall den Eindruck erwecken, als hätte die DDR, die Partei- und Staatsführung, die militärische Führung, nichts mit dem 13. August 1961 zu tun. Das Gegenteil ist der Fall. Die Partei- und Staatsführung der DDR hatte diese Maßnahmen des 13. August 1961 nicht nur begrüßt, sondern sie alleseitig unterstützt, zielgerichtet verwirklicht und für richtig und notwendig empfunden.

Für die DDR hatte die Lösung der „Westberlinfrage“ im Zusammenhang mit den vielen Republikflüchtigen und den gewaltigen ökonomischen Verlusten eine erstrangige politische Bedeutung. Auf diese Frage ist aber Prof. Dr. Prokop bereits ausführlich eingegangen. Ich habe bei meinen Auftritten, auch vor dem bundesdeutschen Gerichten, immer unterstrichen: Zu meiner Verantwortung und zu meiner Biografie stehe ich. Es geht nicht darum, die Verantwortung für die Grenzsicherungsmaßnahmen und die Ereignisse an der Grenze auf Dritte zu schieben. Es kommt darauf an, der historischen Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen. Deshalb habe ich mich so ausführlich mit dieser wichtigen Frage des 13. August 1961 befasst.

Bevor ich zu einigen Schlussfolgerungen komme, gestatten Sie mir eine Bemerkung zur Grenzsicherung beider deutscher Staaten:

1. Bis 1990 gab es in beiden deutschen Staaten keine Souveränität auf dem Gebiet der Grenzsicherung. Laut Potsdamer Abkommen trugen hierfür die 4 Siegermächte die Verantwortung.
2. Erst ab dem 12. September 1990, nach Beendigung der 2 plus 4 Gespräche, wurde in Grenzfragen die uneingeschränkte Souveränität eines deutschen Staates, der BRD, durch die vier Siegermächte anerkannt. Bis zu diesem Zeitpunkt standen die Grenzsicherung, die Grenzüberwachung und der Grenzschutz unter dem Vorbehalt der alliierten Siegermächte. Aus meiner Sicht war die Lösung der Westberlin-Problematik keine Angelegenheit der beiden deutschen Staaten. Hier ging es um weltpolitische Probleme, um eine Kraftprobe zwischen den beiden Großmächten. Beide deutsche Staaten waren nach meiner Einschätzung „Zaungäste“ bei der Lösung dieses Problems,

und militärische Maßnahmen durch die militärische Führung der DDR.

Bereits am 15. Juli 1961, also 4 Wochen vor der Grenzschießung in Berlin, erhielt Minister Hoffmann vom Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte, Marschall der Sowjetunion Gretschno, einen Befehl mit folgendem Inhalt:

1. Alle Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen, dass innerhalb von 2 bis 3 Tagen aufgestellt werden können:
 - 2 Brücken-Bau-Brigaden,
 - 3 Straßen-Kommandantendienst-Brigaden,
 - 4 Flugplatz-Pionier-Bataillone.
2. Die Registrierung der Kfz mit je 2 Kraftfahrern

von 40 Kfz.-Kolonnen (Bataillonen) mit insgesamt 10.000 LKW und von 6 Kfz.-Sanitäts-Transport-Kompanien mit 600 Sanitäts-Kfz.

Diese Kräfte und Mittel müssen so vorbereitet sein, dass sie im Verlaufe eines Tages an die GSSD übergeben werden können.
3. Vorzusehen, die Bereitstellung von 500 Kfz. mit Kraftfahrern am ersten Einsatzsitztag für Lazarette der GSSD und die Bereitstellung von 20.000 Betten für die GSSD.
4. Vorzusehen, die Bereitstellung für die GSSD von 40.000 bis 50.000 Tonnen Autobenzin sowie von 60.000 bis 70.000 Tonnen Dieselmotortreibstoff.

Diese Weisung des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages, Marschall der Sowjetunion Gretschno, vom 15. Juli 1961 an den Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Armeegeneral Hoffmann, beweist anschaulich:

1. Wie die militärische Lage im Sommer 1961 durch die sowjetische Partei- und Staatsführung und durch das Oberkommando des Warschauer Vertrages eingeschätzt wurde und wie groß die Kriegsgefahr in Europa war.
2. Dokumentiert die Aufgabenstellung anschaulich, wer das militärische Sagen auf dem Territorium hatte, welche Rolle die DDR für die Sowjetunion spielte und welchen Spielraum es für die Partei- und Staatsführung der DDR und das Ministerium für Nationale Verteidigung auf dem Gebiet der Militärpolitik und der Landesverteidigung gegeben hat.
3. Die Rolle der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte auf dem Territorium der DDR als die Hauptschlaggruppierung der Sowjetarmee. An dieser Befehlslage und den Verpflichtungen der DDR gegenüber der Gruppe der Sowjetarmee, und das kann ich aus über 25-jähriger Tätigkeit im MfNV bestätigen, hat sich bis 1989 nichts geändert.

Der 13. August 1961 und das „Flüchtlingsproblem“

Zurück nach West-Berlin, wo seit dem „Ultimatum“ von 1958 keinerlei grundlegende Veränderungen der Lage eingetreten waren. Zahlreiche Konferenzen und Gespräche der Regierungschefs und Außenminister hatten bis zum Sommer 1961 nichts Substantielles an der Lage in und um Westberlin ändern können. Auch das in Wien stattgefundenen Gipfeltreffen zwischen dem soeben ins Amt gekommenen US-Präsidenten John F. Kennedy und dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Sergejewitsch Chruschtschow am 3. und 4. Juni 1961 konnte keine Lösung der Probleme herbei führen. Ganz im Gegenteil verhärteten sich die Positionen. Der sowjetische Regierungs- und Parteichef kündigte wiederholt an, bis zum Ende des Jahres einseitig einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließen zu wollen, falls es bis dahin nicht gelungen sei, das Westberlin-Problem einvernehmlich mit den Westmächten lösen zu können. Hierfür wäre auf Seiten des Westens natürlich eine Bereitschaft zu Kompromissen notwendig gewesen. Doch ähnlich wie beim „Berlin-Ultimatum“ vom November 1958 gab es nur auf britischer Seite und vereinzelt bei Politikern und einigen führenden Publizisten der USA¹⁹ die ernsthafte Bereitschaft, die legitimen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion anzuerkennen und in Verhandlungen auszuloten, wie eine dauerhafte Lösung der komplizierten Situation in und um Westberlin aussehen könnte. Weder die Kennedy-Administration noch die französische Regierung unter Staatspräsident Charles de Gaulle unternahm ernsthafte Anstrengungen, die Lage am Verhandlungstisch zu klären. Misstrauisch beäugte Konrad Adenauer alle Bekundungen unter seinen Verbündeten, auch nur minimale Zugeständnisse an die Sowjetunion ins Kalkül zu ziehen. Sein Misstrauen richtete sich nicht nur gegen den britischen Premierminister Macmillan, sondern auch gegen die US-amerikanischen Präsidenten Eisenhower und Kennedy, denen er mangelnde „Härte“ im Umgang mit der Sowjetunion vorwarf. Vor allem traute er ihnen nicht zu, in einer zugespitzten Krisensituation um Westberlin einen Krieg, einschließlich des Einsatzes von Atomwaffen, zu riskieren.

Eine Verschärfung der Situation trat seit 1960 ein, als die Zahl der aus der DDR nach Westberlin übergesiedelten Personen deutlich answoll. Neben den stets vor-

¹⁹Zu diesen Publizisten gehörte auch der wahrscheinlich einflussreichste und am meisten angesehene Journalist in den USA, Walter Lippmann, der z.B. kurz nach dem Mauerbau in der „New York Herald Tribune“, gemäß einer groß aufgemachten Meldung der „Süddeutschen Zeitung“, vorgeschlagen habe, dass „die Amerikaner sich für die Umwandlung Westberlins in eine internationale Stadt einsetzen sollten, die der Sitz von Organen der Vereinten Nationen und ein internationales Zentrum für Studium, Forschung, Kunst und Sport werden sollte. Das wäre eine viel bessere Zukunftsaussicht als die, eine sterbende Stadt zu sein, die durch Zuschüsse sowie durch die zweifelhafte Annahme am Leben gehalten würde, dass die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten immerzu willens wären, am Rande eines Atomkriegs zu leben. Bisher gebe es keinen positiven Vorschlag des Westens, Westberlin einen sichereren und dauerhafteren Status zu geben, als es ihn jetzt habe. Die Politik des Status quo bedeute, dass sich Berlin in einer ständigen Krise befindet, die nie gelöst werden kann und in der die Alternative immer lautet, bis an den Rand des Krieges zu gehen oder sich das Odium der Beschwichtigungspolitik zuzuziehen.“ Da Lippmann gute Beziehungen zu Präsident Kennedy und seiner engsten Umgebung nachgesagt wurden, erregten diese Vorschläge in Bonner Regierungskreisen besonderes Aufsehen, ja Hysterie. Vgl. Süddeutsche Zeitung, 12.10.1961: Einfälle Lippmanns zu Berlin.

handen gewesenen Ursachen hierfür – Übersiedlung zur in Westberlin oder in der BRD wohnenden Familie; gezielte Abwerbung von Facharbeitern, Handwerkern und Akademikern; höhere Rentenzahlungen im Westen; Panikmache der in die DDR hineinwirkenden Medien; die scheinbare Attraktivität der sich entwickelnden Konsumgesellschaft in der BRD und in Westberlin – kam jetzt der überstürzte Abschluss der Kollektivierung in der Landwirtschaft der DDR hinzu, bei der nicht selten vom Prinzip der Freiwilligkeit abgewichen wurde. Nicht wenige Bauern und ihre Familien sowie auf dem Land ansässige Handwerker verließen die DDR über das „Schlupfloch“ Westberlin.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte auch die seit dem gescheiterten Wiener Gipfeltreffen im Juni 1961 stark angestiegene Kriegsgefahr, die Präsident Kennedy durch eine drastische Erhöhung des Verteidigungshaushaltes, die Einberufung von Reservisten, eine Erhöhung der Alarmbereitschaft für die strategische Bomberflotte, die Verlegung von zusätzlichen Soldaten, Kampfflugzeugen sowie von Munition und Ausrüstungen nach Europa, angefacht hatte. Zugleich wurde in der Presse von Planungen berichtet, die Familienangehörigen von in Europa stationierten Soldaten sowie andere Zivilisten im großen Stil in die USA zu evakuieren.²⁰ Was auch immer an Motiven eine Rolle gespielt haben mag, die DDR zu verlassen: Zu beachten ist, dass die „Flüchtlingsfrage“ durchaus ihre Konjunktoren hatte. Manches wurde von außen gesteuert. So sei nur daran erinnert, dass viele junge Akademiker an der Humboldt-Universität zu Berlin bereits kurz vor ihren Examina zielgerichtet von Unternehmen, Institutionen und Krankenhäusern aus Westberlin und der BRD angesprochen wurden, um nach ihren bestandenen Prüfungen „auf der anderen Seite“ zu arbeiten. Die Finanzierung ihrer kostspieligen Ausbildung war jedoch in der DDR erfolgt. Auch hier war Handlungsbedarf nötig, sollte die DDR ökonomisch nicht „ausbluten“. Der US-amerikanische Senator William Fulbright, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Politik, brachte es in einem Fernseh-Interview am 30. Juli 1961 mit den Worten zum Ausdruck: „Ich verstehe nicht, warum die Ostdeutschen nicht ihre Grenzen schließen, denn ich glaube, dass sie ein Recht haben, sie zu schließen.“²¹

²⁰Vgl. z.B. die Tageszeitung „Die Welt“, die am 28.6.1961 unter der Überschrift „Sechs-Punkte-Plan der US-Generale für Berlin“ einen entsprechenden Bericht des Nachrichtenmagazins „Newsweek“ dahingehend zusammenfasste, dass die US-Stabschefs u.a. die Verlegung von Truppen und Atomwaffen in „Bereitschaftsstellungen“, die Evakuierung von 250.000 Familienangehörigen US-amerikanischer Soldaten aus Europa, die Ausrufung eines begrenzten nationalen Notstandes mit der Folge groß angelegter Einberufungen und die Nutzung von zivilen Flugzeugen für den Transport von Fallschirmjägern und anderen Einheiten nach Europa vorgeschlagen hätten. „Der Abend“ schrieb am 17.7. von einer möglichen Teilmobilisierung in den USA.

²¹Zitiert nach Rolf Steininger: Der Mauerbau, S.229. Zur hysterischen Reaktion bei führenden Politikern und in der Presse der BRD und Westberlins auf diese Aussage Fulbrights, der im Übrigen für eine groß angelegte internationale Friedenskonferenz und interessanter Weise für die Umwandlung Westberlins in eine „Freie Stadt“ warb, vgl. LAB, B Rep. 002, Nr. 5686/2.

Noch einige Erläuterungen zum so genannten Mauerbau

Ich habe hier den „Moskauer Entwurf“ für die „Erklärung der Regierungen der Warschauer – Vertragsstaaten“ mit der Sperrfrist bis 12. 08. 1961. Allein zu diesem „Entwurfsdokument“ aus Moskau zum 13. August 1961 gab es von Seiten der DDR 31 Veränderungen, Korrekturen und Richtigstellungen. Der bekannte russische Professor Igor Maximitschew, Mitglied der Akademie der Wissenschaften Russlands und Gastprofessor an der Freien Universität Berlin äußert sich zum so genannten Mauerbau wie folgt: „Dass die Entscheidung zum Mauerbau in Moskau und von Moskau getroffen wurde, piffen die Spatzen von allen Dächern.

Letzten Endes wurde in der sowjetischen Öffentlichkeit die Nachricht vom Bau der Mauer mit gewaltiger Erleichterung aufgenommen – übrigens genau wie in anderen Hauptstädten der Welt.“

Maximitschew war bis 1990 Botschaftsrat in Berlin.

Der uns allen bekannte Egon Bahr äußert sich zu dieser Problematik wie folgt: Damals 1961, hätte niemand das groteske Märchen verbreiten können, dass Ulbricht verantwortlich für die Mauer sei.

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan am Brandenburger Tor: Er sagte nicht etwa: „Mister Honecker beseitigen Sie diese Mauer“ – nein: Er sagte: „Mister Gorbatschow beseitigen Sie diese Mauer.“

Der sowjetische Botschafter Kotschmasow rief nach der Öffnung der Grenze am 10. November 1989 Genossen Krenz an und fragte: „... wer hat ihnen das Recht gegeben, die Grenzübergangsstellen nach Westberlin zu öffnen?“

Einige Bemerkungen zur aktiven Kriegsgefahr im Sommer 1961

Auf Grund der brisanten militär-politischen Lage im Zusammenhang mit Westberlin wurde Anfang 1961 als Bevollmächtigter von Chruschtschow Marschall der Sowjetunion Konjew, ein bekannter Heerführer des 2. Weltkrieges und erster Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages als Oberkommandierender der GSSD eingesetzt. Gegenüber dem Westen sollte dies eine Drohung sein: Wir warnen euch - Wir machen ernst.

Auch Kennedy hat als militär-politische Schlussfolgerung zu der sich anbahnenden Krise in Zentraleuropa als seinen Bevollmächtigten den erfahrenen Weltkriegsgeneral und kampfflustigen Helden der Luftbrücke, General Clay, entsandt. Er dokumentierte ebenfalls damit: Wir sind zu allem bereit!

Praktisch gab es für die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) von Anfang 1961 bis Mitte April 1962 zwei Oberkommandierende. Einmal Marschall Konjew als Sonderbeauftragten Chruschtschows für alle militärpolitische Entscheidungen und Maßnahmen. Zum anderen Generaloberst Jakubowski für die Gefechtsbereitschaft und Ausbildung der Truppen der GSSD. Oder – nach außen: Konjew; nach innen: Jakubowski.

Die Vorbereitung auf einen möglichen Krieg zwischen den beiden Großmächten hatte im Sommer 1961 auch erhebliche Auswirkungen auf bestimmte ökonomische

Wirklichkeit sieht jedoch ganz anders aus. Maßgeblichen Anteil und einer der Hauptinitiatoren der so genannten „Berliner Mauer“ war nach den vorliegenden Unterlagen „Chruschtschow“ und die sowjetische Partei- und Staatsführung. Gestatten Sie mir, diese Behauptung anhand von einigen Fakten zu beweisen. Im 3. Band der Memoiren von Chruschtschow, unter dem Titel „Epoche, Menschen und Macht“, der in Moskau erschienen ist, lesen wir, wie Chruschtschow auf die Idee kam, die Trennung zwischen Ost- und Westberlin durchzuführen. Er forderte von dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Perwuchin eine Stadtkarte. Doch diese war Chruschtschow nicht detailliert genug. Daraufhin verlangte er von dem Militärstab der sowjetischen Streitkräfte in Berlin, gemeint ist Wünsdorf, eine operative Karte. Während des Urlaubs im Kaukasus skizzierte er auf dieser Karte den Verlauf der Trennungslinie und die Standorte der kontrollierten Übergänge. Schließlich zog er zur Beratung den Außenminister Gromyko und den für Deutschland zuständigen Vizeaußenminister Semjonow hinzu. Nachdem sie die Einzelheiten ausgearbeitet hatten, ist der Plan der Berliner Mauer dem Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU in einer geschlossenen Sitzung unterbreitet worden. Vom 3. bis 5. August 1961 lud Chruschtschow die KP-Führer und die Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages nach Moskau ein und bat sie, seinen Plan zu akzeptieren. Soweit zu den Memoiren von Chruschtschow. Wenn man die Rolle der DDR bei den Aktivitäten zum 13. August 1961 nach den vorliegenden Unterlagen der führenden Politiker der Sowjetunion den langjährigen Außenminister Gromyko, den über 17 Jahre in der DDR tätigen Botschafter Abrassimow und den langjährigen Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages, Marschall der Sowjetunion Kulikow, objektiv einschätzen will, dann kommt man zu folgenden Schlussfolgerungen:

1. Die DDR war ein souveräner Staat, Mitglied der UNO und von 138 Staaten diplomatisch anerkannt. Sie war auf vielen Gebieten souverän, aber nach unserer Einschätzung nicht auf militärpolitischem und militärischem Gebiet.
2. Alle wichtigen Entscheidungen, die mit den Problemen der Verteidigung der DDR einschließlich der Grenzsicherung im Zusammenhang standen, wurden unter Berücksichtigung der Interessen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages getroffen. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache war die politische und militärische Führung der DDR nicht frei in ihren Entscheidungen. Deshalb hatte auch die sowjetische Seite das militärische Sagen auf dem Territorium der DDR.
3. Deshalb konnte die Führung der DDR an der Grenze zur BRD und zu Westberlin eigenständig nichts unternehmen. Deshalb waren auch die Grenzsicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 in Berlin das Ergebnis eines Beschlusses des Politisch Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages. Soweit zu den Einschätzungen führender sowjetischer Politiker und Militärs zur Souveränität der DDR.

Der 13. August 1961 – Fiktionen werden durch Realitäten verdrängt

Zwei Wochen später machte die DDR von diesem Recht Gebrauch. Erst jetzt begann auch in den Hauptstädten des Westens allmählich ein Prozess des Überdenkens der eigenen Positionen und Verhaltensweisen gegenüber den Realitäten in Europa. Er sollte schließlich einmünden in die weltweite diplomatische Anerkennung der DDR und ihre Aufnahme in die Vereinten Nationen. Insofern ermöglichte erst der 13. August 1961 die Entspannungspolitik späterer Jahre. Willy Brandt formulierte ganz in diesem Sinne in einem von ihm verfassten Zeitungsartikel zum zwanzigsten Jahrestag des Mauerbaus: „Als einer, der an Ort und Stelle wirkte, habe ich damals lernen müssen, wo Fiktionen durch Realitäten verdrängt werden. Man hatte den Menschen in Berlin und anderswo nicht die Wahrheit über den so genannten Viermächte-Status gesagt. Auch in der bundesdeutschen Politik hat man es für zweckmäßig gehalten, den Menschen Dinge vorzugaukeln, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hatten.“²²

So bleibt abschließend die Frage zu stellen: Was wäre den Bürgerinnen und Bürgern Westberlins, der BRD und der DDR – aber nicht nur ihnen – erspart geblieben, wären solche Erkenntnisse vor dem 13. August 1961 die Leitlinien der Politik in Bonn und im Schöneberger Rathaus gewesen?

Dr. Reiner Zilkenat ist Historiker und Mitglied des Arbeitskreises Geschichte bei der DKP Neukölln

²²Der Tagesspiegel, 13.8.1981.

GRH-Herbsttreffen 2010 der Arbeitsgruppe Grenze Berlin*

Rolf Ziegenbein: Zum 13. August 1961 im Spiegel der Zeitgeschichte

Liebe Freunde und Genossen,

(...)¹ Nun zum Thema selbst. Ich möchte mich zu drei Aspekten äußern. Ich glaube, in der Literatur ist inzwischen hinreichend dargestellt, dass die doch in einem gewissen Sinne rigorosen Maßnahmen des 13. August 1961 einerseits für die DDR damals leider zwingend notwendig und andererseits mit dem damals geltenden Völker- und Staatsrecht auch vereinbar waren. Untersucht ist auch, von welchen Positionen aus sowohl die Sowjetunion und ihre Verbündeten als auch die Westalliierten die damalige Lage einschätzten, wobei hervorgehoben wird, dass die Westalliierten die Maßnahmen des Warschauer Vertrages letztlich akzeptierten. Für bedeutsam und lesenswert halte ich in diesem Zusammenhang zwei Veröffentlichungen: Im Buch von Baumgarten/Freitag aus dem Jahre 2004 hat Joachim Schunke unter dem Thema „13. August 1961 - die Sicherung der Staatsgrenze“ die Probleme vor allem aus der Sicht der Warschauer Vertragsstaaten sehr begründet dargestellt und in dem uns weniger wohlgesonnenen Buch „Europas Eiserner Vorhang. Die deutsch-deutsche Grenze im Kalten Krieg“, erschienen 2008, ist ein Beitrag von Prof. Reiner Pommerin enthalten zum Thema: Akzeptanz und Kooperation, Voraussetzungen für Mauerbau und Mauerfall im bipolaren System.“ (Pommerin war bis vor kurzem Leiter des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der TU Dresden)² Auch das ist eine sehr akzeptable Recherche. Schon der Titel „Akzeptanz und Kooperation“ weist auf die Grundaussage hin, wobei für den 13. August 1961 eben vor allem die Akzeptanz zutrifft, weniger die Kooperation. Beide Beiträge basieren auf intensivem Quellenstudium. Will man sich heute begründet äußern, so darf man sich eben nicht nur auf die eigene Erinnerung verlassen, sondern muss schon lesen, was Zeitgeschichtler in den Quellen gefunden haben oder, noch besser, man muss die Quellen selbst unter die Lupe nehmen, denn sehr viele Hintergründe waren uns nicht zugänglich, wurden der Öffentlichkeit oft auch bewußt nicht mitgeteilt. Das betrifft beide Seiten im Kalten Krieg. So ist das eigene Erinnern immer auch nur ein Teil der historischen Wahrheit. Und die Quellen selbst zu lesen ist auch deshalb besser, weil man dann nicht den Fehlinterpretationen mancher Autoren ausgesetzt ist. Die Maßnahmen zum 13. August 1961 waren sehr ambivalent. Diese Ambivalenz haben Lothar Schröter und Joachim Schunke in ihrem 2004 bei „Helle Panke“ erschienenen Abriss der Geschichte der Militärpolitik beider deutscher Staaten versucht, deutlich auszudrücken.

*Quelle: GRH-Broschüre Herbsttreffen der Arbeitsgruppe Grenze Berlin, Dezember 2010

¹Hinweis: Die persönlichen Vorbemerkungen sind in diesem Text gekürzt worden.

²Joachim Schunke, 13. August 1961- die Sicherung der Staatsgrenze, In: Klaus-Dieter Baumgarten und Peter Freitag (Hrsg.), Die Grenzen der DDR, Berlin 2004, S. 158- 199; Reiner Pommerin, Akzeptanz und Kooperation: Voraussetzungen für Mauerbau und Mauerfall im bipolaren Staatensystem. In: Hendrik Thoß (Hrsg.), Europas Eiserner Vorhang, Berlin 2008, S. 203- 226

Forum einiges zu der viel diskutierten und umstrittenen Problematik „Der 13. August 1961“ aus der Sicht eines sozialistischen Militärs darzulegen, denn im kommenden Jahr, dem 50. Jahrestag des so genannten Mauerbaus, müssen wir mit einer wüsten Hetzkampagne rechnen. Bei meinen Ausführungen stütze ich mich auf einige Originaldokumente, die in der Mittagspause durch Interessenten gern eingesehen werden können.

Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich unterstreichen: Keiner von uns hat das Recht, dem anderen vorzuschreiben, wie er politisch zu denken, oder zu handeln hat; - keiner von uns hat die Wahrheit nur ganz selten, oder fast nie, populär ist. Darüber im Klaren, dass die Wahrheit nur ganz selten, oder fast nie, populär ist.

Nicht umsonst gibt es die alte Volksweisheit: Jede Geschichte hat drei Seiten: DEINE, MEINE und DIE WAHRHEIT.

Der 13. August 1961 hatte ein wichtiges politisches Vorspiel, was leider oft nicht genügend berücksichtigt wird.

Bekanntlich erlitten die kubanischen Konterrevolutionäre, unterstützt von den USA vom 17. bis 19. April 1961 in der Schweinebucht auf Kuba eine vernichtende Niederlage. Kurz nach diesem politischen Ereignis trafen sich am 3. und 4. Juni erstmals der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow und US-Präsident John F. Kennedy in Wien. Chruschtschow kam durch den kubanischen Sieg gestärkt und Kennedy geschwächt nach Wien. Drei Themen standen auf der Agenda:

1. Einstellung der Kernwaffenversuche
2. Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland und die
3. Regelung der Westberlinfrage

Bei dieser Begegnung drohten sich Chruschtschow und Kennedy gegenseitig mit Krieg. Die Verhandlungen wurden erfolglos abgebrochen. Chruschtschow hatte bei dem Wiener Treffen mit Kennedy sehr hoch gepokert. Bis Dezember 1961 wollte er mit der DDR einen Friedensvertrag abschließen. Ab diesem Zeitpunkt wollte er den Organen der DDR die volle Kontrolle über die Zugangswege nach Westberlin zu Lande, zu Wasser und in der Luft übertragen.

Die Partei- und Staatsführung der DDR war nur Zaungast bei diesem brisanten Spiel. Schlussfolgernd muss festgestellt werden: Nach den Gesprächen in Wien ging es um die Autorität und Glaubwürdigkeit von Chruschtschow und damit von der Sowjetunion. Entweder musste in den nächsten sechs Monaten ein Friedensvertrag mit der DDR abgeschlossen werden oder für den Krisenherd Westberlin musste eine andere Lösung gefunden werden, ohne das Gesicht zu verlieren. Das waren die Maßnahmen des 13. August 1961.

Zur Verantwortung für die Grenzsicherungsmaßnahmen am 13. August 1961

In Deutschland und im Ausland herrscht noch immer die Ansicht, dass die so genannte „Berliner Mauer“ auf Initiative von Walter Ulbricht zustande kam. Die

gaben, später als hoheitliche Aufgaben bezeichnet, nie als polizeiliche und damit innerstaatliche Aufgaben von den militärischen Aufgaben deutlich abgegrenzt. Der militärische Schutz der Staatsgrenze wurde mit allen seinen Bestandteilen als einheitliche Aufgabe der Landesverteidigung verstanden. Damit rutschten die vormals polizeilichen Aufgaben in militärische Aufgaben hinein. Der Grenzdienst wurde zum Frontdienst im Frieden. Mit der Unterstellung des Grenzsicherungsorgans unter das MfNV im Jahre 1961, die selbst im Warschauer Vertrag Ausnahme war und blieb, wurde jedenfalls eine Weichenstellung vollzogen, die bis zum Ende der DDR nicht wieder rückgängig gemacht werden konnte. Erst 1988 hieß es in einem mir vorliegenden Konzept der Politischen Verwaltung der Grenztruppen vorsichtig: „Militärische Praktiken werden in der Grenzsicherung der konkrethistorischen Situation immer weniger gerecht.“ Wir gehen meist davon aus, dass die Gründe, die 1961 zu den Maßnahmen des 13. August führten, auch zum Ende der DDR hin, also in den 80er Jahren noch gleichermaßen Bestand hatten. Das ist ein Irrtum. Mit und nach dem Abkommen von Helsinki 1975 hatten sich bedeutende Veränderungen vollzogen, die zumindest in längerer Folge auch zu wesentlichen Veränderungen bezüglich der Freizügigkeit der Bürger der DDR und auch bezüglich der Maßnahmen zur Grenzsicherung hätten führen müssen, erheblich über den tatsächlich erfolgten Abbau der Mauer hinaus. Ich will hier aus einer Veröffentlichung unseres heutigen Redners, also von Prof. Prokop, zitieren: „Honecker fehlte die eigentliche Einsicht in die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels. Der den Bruch mit dem sowjetischen Modell erfordert hätte. Zu stark klebten er und das ganze Politbüro der SED an den alteingefleischten Dogmen. Honeckers Problemlösung war letztlich kontraproduktiv: Ausbau des Sicherheitsapparates und Verstärkung der Zentralisierung. Das beschleunigte den Niedergang.“⁷ Das betraf in starkem Maße auch die Grenztruppen der DDR, die letztlich für ungelöste gesamtgesellschaftliche Probleme gerade zu stehen hatten. So blieben die im Zusammenhang mit dem 13. August 1961 getroffenen, durchaus notwendigen Maßnahmen auch für das Grenzsicherungsorgan der DDR auf die Dauer sehr ambivalent. Dessen war sich die Parteiführung und dessen waren wir letztlich auch uns selbst nicht hinreichend bewusst. Und manchen fehlt ein solches Bewusstsein bis heute, wenn sie immer und immer wieder die Frage stellen, warum wir es für nötig erachten, unsere eigene Geschichte nochmals kritisch zu befragen. Für manchen war und ist und bleibt alles einmalig geklärt. Dem kann und will ich mich nicht anschließen, und dazu ist das letzte Wort sicher noch nicht gesprochen.

Fritz Streletz: Diskussionsbeitrag

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich die Ausführungen von Prof. Dr. Prokop und die bisherigen Diskussionsbeiträge verfolgt. Von 1971 bis 1989, fast 20 Jahre, war ich Sekretär des NVR der DDR und halte es für meine Pflicht, vor diesem

Ich will sie zitieren, weil wohl beide aus der NVA stammen. Sie schreiben: „Der 13. August war für beide Seiten Niederlage und Sieg zugleich. Er war eine Niederlage für den „Ostblock“, weil sich hier schon das Scheitern seines Staats- und Gesellschaftsmodells andeutete, wenn nicht die Chance der Reformen an Haupt und Gliedern genutzt werden würde. Er war ein Sieg für den Westen besonders deshalb, weil er sich in dieser Hinsicht damals überlegen erwies und weil er am Ende die erfolgreiche, nämlich politische Konzeption zur Überwindung des Realsozialismus entwickeln konnte. Er war ein Sieg für den Westen aber auch, weil er seine Positionen in Westberlin und die Verfügung über die Zugangswege behielt und weil er ein hervorragendes Argument der psychologischen Kampfführung gegen die „Mauer“ und die DDR erhielt. Der 13. August war ein, freilich zeitlich begrenzter, Sieg für den „Ostblock“, weil er Jahre relativ ungestörter Entwicklung vor sich hatte, weil die DDR erhalten werden konnte und weil damit ein nachfolgender Dominoeffekt ausblieb und weil die Atombewaffnung der BRD verhindert werden konnte. Und in diesen drei Punkten lag zugleich die Niederlage des Westens. Es war ein Ergebnis, mit dem sich die Mächtigen beider Seiten arrangierten.“³ So richtig hier die Widersprüchlichkeit des Ereignisses umrissen wird, so ist es doch stark vom Ende her, vom Zusammenbruch des Realsozialismus her beurteilt. Versetzt man sich in die damalige Situation zurück, so schien der Wettbewerb der Systeme noch glaubhaft offen. Der DDR standen fast zwei Jahrzehnte enormer Entwicklung bevor, in denen sie zwar ökonomisch nie mit der BRD gleichziehen konnte, in denen die ökonomische Anziehungskraft der BRD zwar erhalten blieb (und damit auch der Strom in den „Goldenen Westen“, der bis heute nicht versiegt ist,) in denen aber alte soziale Forderungen und Träume der arbeitenden Menschen in einem Umfang realisiert wurden, die die sozialistische Gesellschaft mit ihren immer auch vorhandenen Mängeln als schützenswert, als verteidigungswert erschienen ließen. Der Historiker Prof. Dr. Heinz Niemann gibt nach Quellenstudium an, dass noch 1975 etwa 80% der DDR-Bürger für die Verteidigung der DDR im Angriffsfall eintraten.⁴ Nun war die Unterstützung für die Art und Weise unseres praktizierten Schutzes der Staatsgrenze sicher nicht gleich hoch (leider liegen dafür keine belastbaren Zahlen vor), aber unsere eigenen Erfahrungen in den Grenzgebieten, also bei Menschen, die ziemlich genau wussten, was an der Grenze geschah, bestätigten, dass eine Mehrheit der DDR-Bevölkerung den Maßnahmen zum Schutz der Staatsgrenze zumindest bis weit in die 70er Jahre hinein zustimmte. Es gab eine große Hoffnung, dass uns ein anderes Deutschland ohne Herrschaft des Kapitals doch gelingen könnte. Das will man heute vergessen machen. Wenn man die Delegitimierung der DDR will, darf man die beweisbare Aussage nicht zulassen, dass sie selbst nach dem Mauerbau mindestens über zwei Jahrzehnte von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen wurde. Heute füttert man uns mit einer Fülle von Einzelschicksalen, die das Gegenteil beweisen sollen. Können sie aber nicht, da es bezogen auf die Mehrheit der Bevölkerung einfach

⁷Siegfried Prokop, Vom versäumten Paradigmenwechsel in den Abgrund. In: Von den Schwierigkeiten der DDR, „Helle Panke“ e. V. Hefte zur ddr-geschichte, Heft 121, Berlin 2010, S. 30

³Lothar Schröter und Joachim Schunke, Zur Geschichte der Militärpolitik in beiden deutschen Staaten, Hefte zur ddr-geschichte, „Helle Panke“ e. V. Heft 90, 2004

⁴Heinz Niemann, Meinungsforschung in der DDR, Köln 1993, S. 247 ff

nicht den historischen Tatsachen entspricht. Darauf sollten wir in Vorbereitung auf die 50. Wiederkehr des Tages des Mauerbaues in der Argumentation Wert legen. Sie ist nämlich die Achillesferse der heutigen Propagandaschlacht. Wenn im Zusammenhang mit der krisenhaften Entwicklung in der DDR und im gesamten RGW die Bevölkerung der DDR ihrer Regierung in den 80er Jahren zunehmend das Vertrauen entzog, so gilt das eben nicht für die gesamte Zeit der Existenz gleichermaßen. Auch die „Mauer“ wurde mindesten über zwei Jahrzehnte von der Mehrheit der DDR-Bevölkerung akzeptiert und die vielfältigen persönlichen Einschränkungen, die nahezu alle Bürger betrafen, wurden lange in Kauf genommen. Falsch war, dass wir uns hinter der Mauer sozusagen auf Dauer einrichteten. Hier gilt, was Hans Modrow in einem Erinnerungsbuch 2002 sinngemäß schrieb: „Es war der größte Fehler der politischen Klasse der DDR, dass sie nicht darüber nachdachte, die Maßnahmen des 13. August 61 schrittweise zurückzunehmen.“

Ein zweiter Aspekt: Häufig werden die mit dem 13. August 1961 getroffenen Maßnahmen mit dem Übergang zur militärischen Sicherung der Staatsgrenze der DDR gleichgesetzt. Das stimmt aber nur insofern, dass dieser Übergang damit sozusagen seinen Abschluss fand. Wie wir wissen, wurde dieser Übergang bereits 1955 durch die Sowjetunion veranlasst. Heute wird nicht nur in der Boulevard-Presse sondern auch in der sich seriös und wissenschaftlich gebenden zeitgeschichtlichen Literatur unterstellt, dass der Übergang zum militärischen Schutz der Staatsgrenze ausschließlich ein Vorwand gewesen sei, um entschiedener die „Fluchtverhinderung“ zu betreiben. Die DDR habe ansonsten überhaupt keinen ernsthaften Grund gehabt, zum militärischen Schutz ihrer Grenze überzugehen. Wörtlich schreibt Peter-Joachim Lapp, der als ausgewiesener Kenner der Geschichte der Grenztruppen gehandelt wird, in dem bereits genannten Buch „Europas Eiserner Vorhang“ (2008): „Aus der DGP eine schlagkräftige, militärische Truppe zu machen, wie es einigen SED-Politikern und hohen Grenzzoffizieren vorschwebte, scheiterte an den verfügbaren Ressourcen und vielleicht auch daran, weil die politisch Verantwortlichen in Moskau und Ostberlin wussten, dass westdeutsche bewaffnete Kräfte niemals in die DDR eindringen würden und die Westmächte keinen Angriffskrieg führen durften. Es gab zu keiner Zeit eine Bedrohung aus dem Westen, mit der eine militärische Grenzsicherung der DDR begründet werden konnte.“ Mit einem solchen Satz wird der ganze Kalte Krieg zum Phantom erklärt, aber leider gab es ihn wirklich und über Jahrzehnte fühlten sich beide Seiten gegenseitig extrem bedroht und bedrohten sich ja auch tatsächlich gegenseitig. Ich muss jetzt hier nicht den Kalten Krieg erklären. Hier wird mit einem Satz eine ganze historische Epoche verdreht. Leider findet man solche Unterstellungen, die den Charakter bewusster Lügen haben, vielfach. Ich könnte weiter zitieren. Ich will aber nur auf unmittelbares Geschehen an der Grenze kurz eingehen, das zumindest in diesem Zusammenhang von solchen Autoren bewusst ausgeblendet wird. Das erste Grenzsicherungsorgan, das an der deutsch-deutschen Grenze zum militärischen Schutz übergang, war Jahre vor der Deutschen Grenzpolizei der Bundesgrenzschutz der BRD. Er wurde 1951 als Polizeitruppe in einem Bestand von 10 000 Mann gegründet, 1953 auf 20 000 Mann, später auf 30 000 Mann aufgestockt, militärisch

gegliedert, kaserniert untergebracht und vor allem mit Infanteriebewaffnung ausgerüstet. Er verfügte über Maschinengewehre, 1954 bereits über 60mm Granatwerfer, ab 1955 über 81 mm Granatwerfer, über Handgranaten und gepanzerte (geschützte) Fahrzeuge, teils mit 2 cm Bordkanone bewaffnet. Er war so schnell und konsequent militärisch befähigt worden, dass er 1956 den Grundstock für die Formierung von drei Bundeswehrdivisionen bilden konnte, zu einem Zeitpunkt also, als die Deutsche Grenzpolizei gerade mit der militärischen⁵ Aufgabenstellung überhaupt konfrontiert wurde. Auch Adenauer hielt es nämlich für möglich, dass es an dieser Grenze zu militärischen Konflikten kommen könnte, aus denen sich die Alliierten zunächst bewußt heraushalten könnten. Wieso ist also etwas, was eine Seite damals als legitim betrachtete, für die andere Seite, die später ähnliches praktizieren mußte, nur Vorwand, nur Ideologie?⁶ Mehr noch. Die Sowjetunion übergab 1955 in einem Staatsvertrag die Verantwortung für den Grenzschutz an die DDR und zog sich tatsächlich mit Ausnahme der Kontrollpunkte für die Alliierten von der Grenze zurück. Die Westalliierten aber hatten zu diesem Zeitpunkt bereits starke Panzeraufklärungskräfte in Form von damals drei Panzeraufklärungsregimentern der US-Streitkräfte und britischen Aufklärungsbataillonen unmittelbar an der Grenze stationiert und dachten überhaupt nicht daran, sie abzuziehen. Sie handelten bis 1990 mit schwerer Militärtechnik an dieser Grenze, was heute durch die Bundesregierung als „Dienst für die Freiheit“ gefeiert wird, was aber damals praktisch nichts anderes als die Verwirklichung des Kalten Krieges in vorderster Front war. Erst kürzlich bezeichnete die Bundeskanzlerin bei einer Preisverleihung am Point Alpha der US-Streitkräfte diesen als „heißesten Punkt im Kalten Krieg“, was auch immer das heißen mag. Vorsätzlich wird uns nachträglich das Recht auf Selbstverteidigung abgesprochen, das man aber selbst in brachialer Form in Anspruch nahm. Gegen diese Geschichtsfälschung, die direkt darauf ausgerichtet ist, das Recht und die Notwendigkeit zum militärischen Schutz der Staatsgrenze der DDR zu negieren, sollten wir uns gerade auch angesichts des bevorstehenden 50. Jahrestages der Schließung der Grenze entschieden zur Wehr setzen.

Ein dritter Gedanke: Mit der Zuordnung militärischer Aufgaben nach 1955 erhielt das Grenzsicherungsorgan eine Doppelfunktion, denn die polizeilichen Aufgaben zur Durchsetzung der Grenzordnung, später des Grenzgesetzes als innerstaatliche Aufgabe blieben erhalten. Als 1960 ein vormaliger Kommandeur einer Panzerdivision der NVA die Führung der Deutschen Grenzpolizei übernommen hatte - und ganz und gar nach Unterstellung unter das MfNV - wurde von polizeilichen Aufgaben an dieser Grenze nicht mehr gesprochen. Sie waren aber damit nicht verschwunden. Sie wurden als Grenzdienst, manchmal als tägliche Sicherungsauf-

⁵Peter-Joachim Lapp, Von der Grenzpolizei zur Grenztruppe (1946- 1961). In: Thoß, Hendrik, Europas Eiserner Vorhang, Berlin, 2008, S. 45

⁶Anzumerken ist, dass der rasante Aufbau des BGS mit paramilitärischem Charakter nahezu ausschließlich durch ehemalige höhere Offiziere der faschistischen Wehrmacht und der Nazi-Polizei erfolgte. Eine Aufhellung ist hier ebenso dringend, wie die jetzt bezüglich des Auswärtigen Amtes erfolgte. Die jetzige Bundespolizei, in die der BGS aufging, will von ihren Wurzeln jedenfalls nichts wissen.